



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

20. Sitzung vom 10. Dezember 2018

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 23.10 Uhr

Leitung: Thomas Hafner (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Jürg Blaser, Patricia Bräutigam, Philippe Spitz

Verspätet: Simone Abt (ab 19.05 Uhr), Karin Müller (ab 19.05 Uhr), Marc Schinzel (ab 19.20 Uhr)

Präsident:

Thomas Hafner

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Er begrüsst Gemeindepräsident Mike Keller, alle weiteren Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Ingrid Haldimann, die die Zahlen fürs Budget berechnen wird je nach Ausgangslage heute Abend, Linda Weick, die für das Protokoll und die Bedienung der Abstimmungsanlage zuständig ist, den Vertreter der Presse und das anwesende Publikum.

Entschuldigt sind Jürg Blaser, SVP, Patricia Bräutigam, CVP, und Philippe Spitz, SP. Drei weitere Ratsmitglieder sind momentan noch nicht im Saal. Somit sind zu Beginn der Sitzung 34 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Einfaches Mehr: 18; Zweidrittel-Mehr: 23.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 114, Interfraktionelle Motion: Alters- und Pflegeheim, Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen

Gaida Löhr, SP ist es ein grosses Anliegen, heute und hier etwas zu den Alters- und Pflegeheimen zu sagen, denn das Thema ist zurzeit hochaktuell. Die Altersbetreuung generell ist Aufgabe der Kommunen. Überall dort, wo es Private nicht machen, ist die Gemeinde zuständig. Auch wenn eine Gemeinde eine Stiftung beauftragt und die Verantwortung an diese übergibt, liegt die Verantwortung zum Schluss bei der Gemeinde. Die Votantin erklärt, man sehe dies auch daran, dass man Geld ins APH investiert und der Stiftung den Boden fast kostenlos überlassen habe. Es gibt eine Leistungsvereinbarung. Der Gemeinderat wählt den Stiftungsrat. Die meisten Gemeinden, die die Aufgabe an eine Stiftung abgegeben haben, verfügen gleichzeitig über eine Vertretung im Stiftungsrat durch ein Gemeinderatsmitglied. Binningen hat dies eher grosszügig ausgelegt und dem Stiftungsrat sehr viel Freiheit und Kompetenzen übertragen. Sie geht allerdings davon aus, der Gemeinderat und auch alle anderen Involvierten wären nie auf die Idee gekommen, dass der Stiftungsrat die Idee hat, man könnte die Gebäude resp. die Liegenschaften verkaufen. Eigentlich ist es so, dass der Stiftungsrat die Altersheime für die Gemeinde betreibt und nicht, dass er sie für die Gemeinde verkauft. Dass «back-leasing»-Systeme heikel sind, liest man sogar in der sicherlich nicht linken NZZ. Üblicherweise bringen sie dem Käufer sehr viel und dem Verkäufer, der oft mit hohen Zinsen belastet wird, sehr wenig. Das wäre auch hier der Fall gewesen.

Das APH funktionierte im letzten Jahr gut. Eine Auslastung von fast 100 Prozent, bis vor kurzem nicht mehr in den Schlagzeilen und kaum Klagen. Scheinbar war alles bestens. Dann kam die Entlassung des Geschäftsleiters und gleichzeitig erfuhr man, dass Überlegungen im Raum stehen, die Liegenschaften zu verkaufen. Es gab Proteste des Personals, der Angehörigen und auch Proteste aus der Bevölkerung. Es wurde ganz deutlich: Die Leute waren verunsichert. Die Stellungnahme des Stiftungspräsidenten war nicht sehr eindeutig. Er sagte zwar, man würde momentan von einem Verkauf absehen, aber begründete dies mit dem politischen Druck. Die Rednerin findet, dies sei keine Überzeugung. Für ihre Fraktion ist das nicht überzeugend. Es tönt so, als ob man einfach einen neuen Weg suchen würde, wie man es trotzdem durchziehen kann. Das ist der SP zu wenig. Der Gemeinderat betonte in seiner Stellungnahme, ohne Strategie keinen Verkauf. Die Fraktion fragt sich, was für eine Strategie es braucht. Ein Verkauf der Altersheime ist für sie keine Strategie und für alle die protestiert haben scheinbar auch nicht. Dies näher abzuklären ist aus Sicht der Votantin Geld- und Zeitverschwendung und schafft Unruhe. Der Gemeinderat erklärte auch, wo er überall nicht zuständig sei. Ihre Fraktion meint, er sei dort zuständig, wo es um Altersbetreuung gehe und dort, wo in der Bevölkerung Empörung oder Befürchtungen bestehen.

Nun steht die Wahl des Stiftungsrats an und damit werden Weichen gestellt. Der jetzige Stiftungsrat hat seine Prioritäten deutlich gezeigt. Er steht für Finanz- und Immobilienpolitik. Die SP möchte einen Stiftungsrat, der sich v.a. um die Menschen und das Personal kümmert. Daher bittet die Rednerin den Gemeinderat, das Geschäft nicht einfach in drei Monaten zu bringen und den Rat zu informieren, was ge-

laufen ist, sondern in den nächsten Tagen, wenn die Wahlen anstehen und die Weichen gestellt werden, im Hinterkopf zu behalten, wie viele Menschen in Binningen darauf warten und wie vielen es wichtig ist, dass der Stiftungsrat nicht wiedergewählt wird, sondern einer, der sich anders um das Altersheim kümmert.

Nr. 115, Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien

Andrea Alt, CVP äussert, auch der CVP sei es ein Anliegen, kurz zu den beiden interfraktionellen Vorstössen zu Wort zu kommen. Die ganze Angelegenheit um den Verkauf des APH resp. von diversen Liegenschaften wie auch die Entlassung des Geschäftsführers haben in der Binninger Bevölkerung für grosse Unruhe gesorgt. Aus diesem Grund hat die CVP sowohl eine Anfrage an den Gemeinderat gerichtet als auch gemeinsam mit der SP und der SVP eine Motion und ein Postulat mitunterzeichnet. Dass der Stiftungsrat vorerst vom Verkauf des APH und der Liegenschaften absieht, ist schön und gut. Es beruhigt die Fraktion aber auf längere Sicht nicht. Sie ist nach wie vor der Meinung, der Gemeinderat müsse mittels eines Sitzes im Stiftungsrat wieder näher am Geschehen dran sein und gegebenenfalls auch seine Meinung einbringen können. Zudem möchte die CVP den Gemeinderat bitten, bei der Wahl oder Wiederwahl des Stiftungsrats gut abzuwägen, ob den Anliegen des Personals des APH und der Binninger Bevölkerung Rechnung getragen wird. Es geht hier nämlich in erster Linie um Menschen, Bewohner und auch um die Angestellten des APH und nicht nur um Finanzen und Eigeninteressen.

Nr. 116, Anfrage CVP-Fraktion: Position des Gemeinderats zum Bahnanschluss an den Euro-Airport

Nr. 117, Anfrage P. Bräutigam, CVP, und St. Appenzeller, SP: Position des Gemeinderats zur «Ausgleichsinitiative»

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, dass die Anfragen am Ende der Sitzung durch die zuständigen Gemeinderatsmitglieder beantwortet werden.

Nr. 118, Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport

Ralph Büchelin, SP möchte sich kurz zu seinem Postulat äussern.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP erklärt, es sei nicht üblich, jeden Vorstoss nochmals zu begründen. Die Vorstösse zum APH waren aus seiner Sicht eine Ausnahme. Es ist allen bekannt, dass der Gemeinderat diesbezüglich bis Ende Jahr eine Aufgabe hat. Im Einwohnerratsbüro verblieb man immer so, dass die Vorstösse schriftlich vorliegen und daher nicht nochmals im Detail mündlich erläutert werden müssen. Eine Ausnahme sind dringliche Vorstösse. Das ist hier aber nicht der Fall.

Rahel Bänziger, Grüne möchte für Gleichbehandlung plädieren. Es ist Ansichtssache, ob jemandem ein Vorstoss wichtig ist oder nicht. Sie gibt dem Präsidenten Recht. Es ist nicht unbedingt üblich, die Vorstösse in epischer Breite zu erläutern. Da diese Möglichkeit aber durch den Präsidenten gegeben wurde, sollten alle die Möglichkeit erhalten, ihren Vorstoss kurz zu begründen, wenn dies gewünscht wird.

Sven Inäbnit, FDP unterstützt das Votum seiner Vorrednerin. Für ihn ist nicht ersichtlich, wieso man unterschiedliche Ellen ansetzt in der Länge und der Möglichkeit, einen Vorstoss zu präsentieren. In §22, Art. 6 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats steht ganz klar: «Sie können von der Verfasserin oder vom Verfasser mündlich begründet werden.». Der Redner ist der Meinung, der Rat sollte sich an seine eigenen Regeln halten.

Ralph Büchelin, SP bedankt sich für die Möglichkeit, etwas zu seinem Postulat sagen zu dürfen. Bahnanschluss EAP: Für dieses Jahr werden 8,5 Millionen Passagiere am EuroAirport erwartet. Das ist ein neuer Rekord. Nun soll der Flughafen an die Bahn angeschlossen werden. Das soll bis zu 300 Millionen Franken kosten. Ein Bahnanschluss tönt zwar gut, würde aber zu einer starken Vergrösserung des Einzugsgebietes

tes des Flughafens führen und damit wäre eine weitere starke Zunahme der Passagierzahlen und somit der Überflüge verbunden. Der Votant findet, der EuroAirport solle nicht zu einem riesigen Flughafen heranwachsen sondern der Region dienen. Binningen wäre von diesem Zuwachs besonders negativ betroffen. Mit dem vorliegenden Postulat wird der Gemeinderat daher aufgefordert, sich ganz klar gegen einen Bahnanschluss an den EuroAirport auszusprechen.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2018	
2. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 15.11.2018 Gesamtsanierung Schulhaus Mühlematt; Baukredit; Bericht der BPK	143/XI
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.09.2018 Budget 2019, Leistungsaufträge 2019, Finanzplan 2020 – 2023 Geschäftskreisführung: Christoph Anliker Bericht der GRPK zum Budget 2019	106 106A
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.11.2018 Motion R. Oberli, SVP: Senkung der Abfallgebühren Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	102
5. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 05.11.2018

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Protokoll wurde im Büro genehmigt und verabschiedet. An dieser Stelle möchte er sich bei der Verfasserin Linda Weick bedanken.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 143/XI

Gesamtsanierung Schulhaus Mühlematt; Baukredit; Bericht der BPK

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP führt aus, das vorliegende Bauprojekt soll als Grundlage für die obligatorische Volksabstimmung für den Baukredit dienen. Das Geschäft 143/XI wurde an der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2018 zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP erläutert, das Parlament habe bereits an der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2015 über das Projekt diskutieren dürfen. Man überwies das Geschäft damals an die BPK, die sich in einer ersten Runde im Zusammenhang mit dem Gesamtsanierungsprojekt sehr detailliert mit dem Inhalt, dem Zweck und den Zielen des Projekts auseinandersetzte. Dies führte letztlich mit Empfehlungen und klaren Aufträgen an den Gemeinderat zur Baukreditsvorlage, die der Rat am 25. Juni 2018 als Geschäft auf dem Tisch hatte. Auch dieses Geschäft, das sogenannte Baukreditsgeschäft, überwies der Einwohnerrat an die BPK. Die Kommission hat das Geschäft im Laufe des Sommers bis in den Herbst hinein diskutiert.

Der Bericht liegt nun vor und zeigt im Wesentlichen auf, welche Meinung die Kommission zur Vorlage hat. Der Votant möchte noch auf zwei spezielle Themen hinweisen, auf die sich die BPK stark fokussierte. Das eine ist das Thema Brandschutz, das letztlich auch für weitere Schulhausprojekte in Binningen wegweisend sein wird. Es gibt sehr unterschiedliche Standards, die man in Binningen auch bereits hat. Im Spiegelfeld, in welchem der Kanton die Sanierung vornahm, herrscht eine etwas andere Standardfrage als das, was die Kommission in Binningen als sinnvoll erachtet. Die Anwesenden können dies im Bericht nachlesen. Das zweite ist die Behindertengerechtigkeit. Die BPK durfte sich überzeugen, dass man mit relativ einfachen finanziellen Mitteln und baulichem Aufwand auch unter Wahrung der Innenarchitektur des Schulhauses eine gute Lösung gefunden hat, wie man den Behinderten in der Benutzung dieses öffentlichen Gebäudes Rechnung tragen kann. Auch das ist im Bericht nachzulesen.

Der BPK-Präsident möchte den Anwesenden beliebt machen, den Anträgen der Kommission zu folgen. Der erste Antrag beinhaltet Empfehlungen, bei denen die BPK der Meinung ist, man dürfe sie durchwegs in die weitere Bearbeitung dieses Projektes aufnehmen. Letztlich stellt sich aber die Frage, ob die Empfehlungen zwingend als Antrag formuliert sein müssen oder nicht. Die Kommission hat lange darüber diskutiert. Wenn man die Empfehlungen liest, stellt man fest, dass es eigentlich Sachen sind, die die Gemeinde in ihren Schulanlagen schon umgesetzt haben sollte. Die BPK hatte einfach das Gefühl, im Mühlematt mit den massiven baulichen Änderungen mache es Sinn, die Empfehlungen nochmals zu erwähnen und den Gemeinderat darauf hinzuweisen.

Brigitte Strondl, SP legt dar, die BPK stelle nach vier Sitzungen und einer Begehung der Schulanlage Mühlematt fest, dass das vorliegende Sanierungsprojekt zu einer zeitgemässen Schulanlage führe und die Architektur, die von hohem gestalterischen Wert ist, berücksichtigt werde. Die BPK hat sich vor allem mit den Themen Brandschutz und behindertengerechtem Bauen vertieft befasst, wobei beim Thema Brandschutz auch Experten angehört wurden. Die Kommission kommt zum Schluss, dass eine Brandvollschutz-Anlage unverhältnismässig wäre und dass das im Projekt vorgesehene Brandschutzkonzept seinen Zweck erfüllt. Sie gibt zusätzlich sieben Empfehlungen ab und verlangt mit ihrem ersten Antrag, dass die Empfehlungen bei der Weiterbearbeitung des Projekts berücksichtigt werden. So werden aus Empfehlungen Verbindlichkeiten. Die Mitglieder der SP-Fraktion werden sich aus diesem Grund beim ersten Antrag entweder enthalten oder dagegen stimmen. Dies nicht, weil sie gegen die Empfehlungen sind, sondern weil sie die Vorgehensweise der Kommission nicht gut finden. Als Mitglied der BPK wird die Votantin den ersten Antrag aber annehmen. Sie ist der Ansicht, die Empfehlungen können und sollen problemlos umgesetzt werden. Dem Sanierungskredit von 8 Mio. Franken wird die SP zustimmen. Dieser soll im ersten Halbjahr 2019 zum definitiven Entscheid vors Volk kommen. Die Fraktion erachtet es auch als sinnvoll, dass die beiden Fotovoltaikanlagen gleichzeitig mit der Sanierung gebaut werden und stimmt der Belastung des Energiefonds mit 200 000 Franken +/- 10 Prozent zu.

Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, auch dieses Mal befürworten die Grünen die Vorlage. Die Ehrenrunde über die BPK war höchstens für zusätzliche Informationen über den Brandschutz hilfreich. Allerdings gibt es nicht viel Spielraum mit den neuen Brandschutzvorschriften. Entweder wie vorgeschlagen oder eine Vollversorgung für eine Viertel Million Franken. Trotzdem erschweren die vorgeschlagenen Brandschutzvorschriften im Primarschulhaus den Bildungsauftrag. Die Endergebnisse aller gestalterischen Fächer können nicht mehr wie bisher ausgestellt werden. Die Kinder sind immer stolz auf das Geleistete und möchten dies nicht nur im eigenen Klassenzimmer zeigen. Es müssten also Möglichkeiten gesucht werden z.B. durch die Beschaffung von feuerfesten Schaukästen oder ähnlichem. Die Grünen bitten den Gemeinderat daher, dies bei der Mobiliarbeschaffung zu berücksichtigen oder den Bedürfnissen der Schule anderweitig Rechnung zu tragen. Zudem möchte die Fraktion nochmals auf die Kostenoptimierung bei der Energieproduktion hinweisen. In den Schulferien ist die Eigennutzung des produzierten Stroms sehr minim. Die EBM zahlt mittlerweile nur noch wenig für den Strom, den sie abnimmt. Es sind daher zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen. Die Grünen stimmen den Empfehlungen der BPK zu. Im Weiteren nimmt die Fraktion die Kreditanträge für die Sanierung des Schulhauses und den Bau der Fotovoltaikanlagen an.

Marc Schinzel, FDP gesteht, es sei vielleicht nicht der beste Einstieg, bei einem Schulprojekt zu spät in den Saal zu kommen. Nichtsdestoweniger hat er gute Nachrichten. Die FDP steht einhellig hinter dem Projekt und unterstützt alle drei Anträge der BPK. Die FDP-Vertreter in der BPK konnten feststellen, dass das Projekt sehr sorgfältig ausgearbeitet wurde. Die Fraktion dankt dem zuständigen Gemeinderat und den Mitgliedern der Verwaltung für die gute Arbeit. Insbesondere überzeugt das Brandschutzkonzept, das sehr sorgfältig abgeklärt und der Kommission auf Nachfrage sehr sorgfältig erläutert wurde. Die FDP findet die Empfehlungen der BPK wichtig und kann daher sehr gut mit dem ersten Antrag leben. Es geht darum, dies in die Umsetzung mitzunehmen. Im Unterschied zu einem Antrag ist es vielleicht nicht bis in jedes Detail präzisiert. Es geht um die Zielsetzungen, die man im Blick haben muss und die wichtig sind. Dass man das Brandschutzgesetz und den Lehrauftrag gut miteinander vereinbart, ist auch der FDP wichtig. Daher unterstützt die Fraktion alle drei Anträge der BPK und dankt dem Kommissionspräsidenten für den Bericht.

Andrea Alt, CVP dankt der BPK namens der CVP-Fraktion für die sorgfältige Prüfung des Geschäfts und den ausführlichen Bericht. In der intensiven Auseinandersetzung mit dem Geschäft hat sich gezeigt, wie wichtig ein Informationsaustausch mit dem zuständigen Gemeinderat und den beteiligten externen Fachpersonen ist. So liegt dem Rat nun ein Bericht vor, der durch die erfahrene Zusatzschleife eine bessere Basis bietet als noch am Anfang. Die Richtschnur ist wohl etwas enger als vorher, kann aber von allen Beteiligten mitgetragen werden. Die CVP begrüsst insbesondere, dass dem behindertengerechten

Bauen ein grösseres Augenmerk beigemessen wurde als es der behördliche Entscheid verlangte. Die veranschlagten 700 000 Franken für Unvorhergesehenes erachtet die Fraktion als sinnvoll eingesetzt. Ein solcher Betrag ist bei einer Sanierung anders als bei einem Neubau enorm wichtig und scheint der Fraktion in keinem Fall zu hoch. Insgesamt teilt die CVP das Fazit der BPK, dass sämtlichen Bedürfnissen an eine neuzeitliche Schulanlage Rechnung getragen wird und dass mit diesen Vorgaben ein gutes Projekt erwartet werden kann. Ähnlich wie die Vorredner erachtet die Fraktion die Empfehlungen der BPK als sehr wichtig. Sie wird daher allen drei Anträgen zustimmen.

Urs Weber, SVP äussert, auch die SVP habe das Geschäft besprochen. Die Fraktion schliesst sich der Meinung der Vorredner und Vorrednerinnen an. Auch sie begrüsst das Projekt. Die SVP bedankt sich bei den am Geschäft Beteiligten und wird den drei Anträgen der BPK zustimmen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP dankt für die positiven Rückmeldungen. Der Gemeinderat ist froh, dass man hier einen Schritt weiter machen und das Projekt hoffentlich zeitgerecht realisieren kann, nachdem man auch das Volk davon überzeugen konnte.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 28 JA, 3 NEIN, 6 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Antrag 3: 36 JA, 1 Enthaltung (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Die Empfehlungen der BPK werden in der Weiterbearbeitung des Projektes berücksichtigt.
- ://: 2. Für die umfassende Sanierung des Mühlemattschulhauses und der Mühlemattturnhalle wird ein Baukredit in der Höhe von CHF 8,0 Mio. (inkl. MWST von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% bewilligt.
- ://: 3. Für die Fotovoltaikanlagen mit maximal 81 kWp-Leistung auf dem Mühlemattschulhaus und der Turnhalle wird eine Investitionsausgabe von CHF 200 000 (inkl. MWST von zurzeit 7.7%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% zu Lasten des Energiefonds bewilligt.
-

Traktandum 3

Nr. 106 und 106A

Budget 2019, Leistungsaufträge 2019, Finanzplan 2020 – 2023

Bericht der GRPK zum Budget 2019

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP wird sich zum Geschäft «Budget 2019» kurz aber präzise halten. Weiter wird er auch einzelne Anträge der GRPK später in seinem Votum näher erläutern, wie er dies als Aufforderung aus der Büro-Sitzung vom vergangenen Freitag vernommen hat. Der Votant möchte es gleich offen sagen: Die GRPK hätte ein ausgeglichenes Budget erwartet. Entsprechend schlägt die Kommission Massnahmen vor, wie man dieses Ziel erreichen kann und zwar im Einklang mit den geltenden Rechtsgrundlagen. In den Rechtsgrundlagen steht übrigens auch, dies möchte er nur am Rande erwäh-

nen, dass Binningen eine steuergünstige Gemeinde bleiben soll. Zunächst dankt der GRPK-Präsident sämtlichen Beteiligten für die grosse Vorarbeit, die sie dem Budget und dem heutigen Traktandum entgegen gebracht haben allen voran natürlich seinen hoch geschätzten Kolleginnen und Kollegen der GRPK mit ihren sehr seriösen Subkommissionen. Die Subkos haben dem Gemeinderat hart aber fair auf den Zahn gefühlt und zwar im Interesse des ganzen Rats. Ganz besonderen Dank geht an Ingrid Haldimann, die Regisseurin der ganzen Sache. Sie diente dem Redner teilweise auch als wertvolle Souffleuse, wenn er gewisse Begriffe näher erläutert haben wollte. Er dankt für diesen enormen Aufwand. Der Dank geht natürlich in gleicher Weise auch an ihren fachvorgesetzten Gemeinderat Christoph Anliker.

Man weiss es und hat es auch gesehen. Der Gemeinderat «muss» der GRPK und dem Einwohnerrat im dritten Jahr dieser Legislatur ein Budget präsentieren, das ein Defizit von rund einer Million Franken vorsieht und dies bei einem unveränderten Steuerfuss von 48 Prozent der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer. Dies wurde in der GRPK nicht in Frage gestellt im Hinblick auf eine Senkung. Wie vom Einwohnerrat am 25. Juni 2018 beschlossen, berechnete der Gemeinderat im Anhang das Budget nach Artengliederung auch bei einem Steuerfuss von 46 Prozent. Das Budget würde sich nach Angabe des Gemeinderats um ca. 2,5 Mio. Franken verschlechtern mit einem prognostizierten Aufwandüberschuss von 3,5 Mio. Franken. Warum nun also dieses voraussichtliche Defizit? Die berühmten Sondereffekte haben in den Jahren 2017 und 2018 zu sehr hohen Steuereinnahmen für Binningen geführt. Damit ist 2019 nicht mehr zu rechnen. Es wird ein Steueraufkommen von 62,2 Mio. Franken erwartet. Gegenüber 2018 kommt dies einem Rückgang von 11,2 Mio. Franken oder immerhin 15,2 Prozent gleich. Die GRPK möchte aber entgegen dem Antrag des Gemeinderats mehrheitlich ein ausgeglichenes Budget erreichen. Zu diesem Zweck schlägt die Kommission Sparanstrengungen vor und stellt in diesem Sinn entsprechende Anträge. Diese Anträge – das ist kein Geheimnis – wurden nicht einstimmig aber doch mehrheitlich gefasst. Der Votant als Präsident redet hier nicht von knapp, auch wenn man dies vielleicht anders sehen kann. Zu Einsparungen verpflichtet auch die kommunale Finanzplanung, die im Rahmen der Haushaltsüberprüfung (HÜP) vom Gemeinderat für 2019 eine Reduktion der ungebundenen, also freiwilligen, Ausgaben in der Höhe von 677 168 Franken verlangt.

Der Redner geht davon aus, dass er in seinen weiteren Ausführungen das Wort «weiterhin» ab und zu brauchen wird. So gibt es weiterhin einen Stau von notwendigen Investitionen. Das hat die GRPK bereits im Budgetbericht 2018 klar zum Ausdruck gebracht. Weiterhin besteht auch ein hohes Ausgabenwachstum. Die GRPK stellt fest, dass das Ausgabenwachstum mit dem Ziel einer ausgewogenen und nachhaltigen Haushaltsführung nicht zu vereinbaren ist. Sie ist daher der Meinung, dass die sogenannte Wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) wieder abzuschaffen sei und beauftragt den Gemeinderat, für Überlegungen zur Umsetzung einen konkreten Projektplan zuhanden des Einwohnerrats vorzulegen. Der Rat soll dadurch wieder mehr Einfluss auf das Budget erhalten und es soll mehr Transparenz herrschen. Die GRPK ist im Übrigen dezidiert der Auffassung, dass bei einem Steuerfuss von 48 Prozent ausgeglichen budgetiert werden kann und auch muss. Der Aufwandüberschuss beträgt genau 904 581 Franken, also eine knappe Million. Die Globalbudgets der Produktgruppen 1-10 zeigen eine Aufwandsteigerung gegenüber der Rechnung 2017 von knapp 10 Prozent und einen immerhin um 1,4 Prozent höheren Ertrag. Dies führt zum prognostizierten Defizit von 0,9 Mio. Franken. Die GRPK will, dass die Beschlüsse der Haushaltsüberprüfung II (HÜP II) rigorosere Anwendung finden.

Zu den einzelnen Produktgruppen möchte der GRPK-Präsident nur gezielte Anliegen herausgreifen. PG1 Einwohnerdienste und Aussenbeziehungen: Der Votant erklärt, von der GRPK könne man auch einmal etwas Konstruktives vernehmen. Die Kommission begrüsst es, dass der Gemeinderat grundsätzlich mehr Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit anstrebt. Das sollte dann auch zu Einsparungen führen. Bei der Gesundheit gibt es eine Aufwandsteigerung auf 9,7 Mio. Franken. Dies hat mit dem neuen Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV zu tun, welches zu einer Neuaufteilung der Ergänzungskosten zwischen Kanton und Gemeinden führte. Zudem ist es so, dass durch das Finanzausgleichsgesetz ein höherer Aufwand für Binningen resultiert. Die Produktgruppe Bildung nahm die Kommission explizit von den Sparanstrengungen aus. Wenn gestiegene und steigende Schülerzahlen vorliegen, ist

Sparen kein Thema. Im Übrigen gibt es hier eine ganze Reihe kantonaler Vorgaben, z.B. Besoldungen etc., die für Binningen verbindlich sind. Schliesslich gibt es bei den Klassenlagern einen Bundesgerichtsentscheid, der die Elternbeiträge auf 80 Franken pro Kind und Woche reduziert. Auch dies wird natürlich zu steigenden Auslagen für die Gemeinde führen. PG 9 Versorgung und Umwelt: Bei der Wasserversorgung geht es um die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Binningen mit der IWB, die 2003 beschlossen wurde. Die GRPK möchte diese neu verhandeln lassen. Binningen hat hier bisher zu viel bezahlt resp. zahlt zu viel. Bei der Produktegruppe Hochbau und Ortsplanung möchte der Redner herausgreifen, dass die GRPK endlich einen konkreten Vorschlag des Gemeinderats über die laufenden Abklärungen möchte, wie das Schloss genutzt werden soll. Es gibt offenbar eine Spezko –, die sich wahrscheinlich bereits im Winterschlaf befindet –, die in dieser Beziehung noch an der Arbeit ist.

Der GRPK-Präsident möchte vorgängig zu den Diskussionen und Beschlüssen des Einwohnerrats präzisierende Erklärungen zu Antrag 1 und 2 der Kommission geben. Antrag 1 lautet: «Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Änderung des Finanzreglements (WOV) zu unterbreiten, worin die Globalbudgets und die Globalkredite abzuschaffen sind.». Die GRPK hat den Antrag formuliert, da aufgrund der Wirkungsorientierten Verwaltung nur Globalbudgets genehmigt werden können. Dadurch sind in Jahren mit einem voraussichtlichen Defizit, wie man es jetzt hat, nur lineare Kürzungen in den Globalbudgets möglich. Die finanziellen Ziele der Verwaltung können so nicht mehr hinterfragt werden. Ohne Globalbudgets wird die Kompetenz der GRPK und des Einwohnerrats vereinfacht. Das Parlament kann momentan nämlich nur die Produktebudgets und Leistungszentren beschliessen. Wenn dies beschlossen ist, ist es Sache des Gemeinderats zu entscheiden, wo er konkret sparen möchte. Das Budget beinhaltet wegen der Struktur der Produktegruppen die immer gleichen Subventionsempfänger mit den immer gleichen Beträgen. Diese Posten sollte der Rat hinterfragen können.

Zu Antrag 2 gibt der Votant nur die Einleitung wieder: «Bezugnehmend auf die aktuelle Rechtsgrundlage beantragt die GRPK zuhanden des Einwohnerrates folgende Einsparungen in den Globalbudgets der Produktegruppen.». Für eine Mehrheit der GRPK hat ein ausgeglichenes Haushaltsbudget Priorität. Um dies zu erreichen, beantragt die Kommission entsprechende prozentuale Kürzungen in sämtlichen Globalbudgets mit Ausnahme der Produktegruppen 2 «Finanzen und Steuern» und 5 «Bildung». Diese Kompetenz hat der Rat gestützt auf das Finanzreglement §12ff. und auf die Gemeindeordnung §35 und §36. Um die voraussichtlich rund 1 Mio. Franken Defizit in der Rechnung 2019 ausgleichen zu können, hatte die GRPK ursprünglich über die genannten Produktegruppen – alle ausser PG2 und PG5 – Kürzungen von 1 bis 2 Prozent vorgesehen und diese dann um den Faktor 2,5 erhöht, um auf den Gesamtbetrag zu kommen. Dies führte zu den differenzierten Kürzungsanträgen zwischen 2,5 und 5 Prozent. In der Summe ergeben die Kürzungen den Betrag von 1 010 686 Franken. Dies entspricht über alle Produktegruppen, also auch über die, die man unverändert lässt, einem Mittelwert von 2 Prozent. Wenn dies beschlossen wird, ist es Sache des Gemeinderats zu entscheiden, bei welchen konkreten Posten er den Sparbeschluss vollziehen oder Mehreinnahmen erzielen will. Dies erwähnte der Gemeinderat in einem Bericht an das Parlament vom 14.10.2014 im Zusammenhang mit HÜP und WOV explizit. Der Redner zitiert aus besagtem Bericht: «[...] Hingegen liegt es durchaus in der Kompetenz des Einwohnerrats, Einsparungen im Prozentbereich zu beschliessen, allerdings ist er dabei auf die einzelnen Globalbudgets pro Produktegruppe beschränkt. Gleichzeitig steht es dem Gemeinderat in der Folge offen, ob er die prozentuale Einsparung durch Ausgabenkürzungen oder Mehreinnahmen bewirken will.».

Urs Brunner, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens seiner Fraktion für die übersichtliche und informative Darstellung des Budgets. Der Dank geht auch an die GRPK für ihre diversen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Budget. Das Budget 2019 schliesst mit einem Defizit von knapp einer Million Franken ab. Als Grund für die Verschlechterung des Budgets gibt der Gemeinderat die höheren Ausgaben in den Produktegruppen Bildung, Gesundheit und Soziales sowie beim Finanzausgleich an. Sorgen bereitet der SVP die kontinuierliche Zunahme der Bildungsausgaben. Der Votant erklärt, die Bildung gelte heute praktisch als heilige Kuh. Für fast jeden Tätigkeitbereich müssen heute Bachelor und Master angeboten werden. Die Kostentreiber im Bildungswesen sind nicht nur auf die steigenden Schü-

lerzahlen zurückzuführen, sondern auch auf die neuen Lernstrukturen mit z.T. mehr als einer Lehrkraft pro Klasse. Stichwort: Lehrplan 21 und Harmos-Konkordat. Aus diesem Grund steigen auch die Lohnkosten und der Raumbedarf. Der Redner gibt dazu ein Beispiel aus der Gemeinde Binningen: In den Binninger Kindergärten und Primarschulen arbeiten rund 150 Lehrkräfte. In der Regel ist mehr als eine Lehrperson pro Klasse beschäftigt. Gewisse Fächer verlangen noch zusätzliche Lehrkräfte. Dies führt zu einer Kostenexplosion bei den Löhnen. Diese Kostenexplosion zeigt die Graphik auf Seite 82 im Budgetbericht der Gemeinde Binningen ganz klar auf. Tendenz steigend.

Die SVP ist daher der Meinung, auch in der Produktgruppe Bildung müsse zwingend gespart werden. Der Gemeinderat möchte in der Musikschule das Zusatzangebot ausbauen. Dafür sind 155 600 Franken budgetiert. Bei diesem Betrag handelt es sich um den Pilotversuch Musikgarten. Die Fraktion findet, beim vorliegenden Defizitbudget sei dieser Pilotversuch zu streichen. Die SVP wird dem Budgetantrag 2 der GRPK zustimmen. Die Anträge 1, 3 und 4 der GRPK lehnt sie ab, da sie nichts mit dem Budget zu tun haben. Die Fraktion ist bereit, die Anliegen in separaten Vorstössen zu unterstützen. Antrag 5 hält sie nicht für sinnvoll. Zu Antrag 6 «Leistungsaufträge» stellt die SVP einen Kürzungsantrag von 50 000 Franken in Bezug auf die Zentrumsleistungen. Den Anträgen 7-13, Antrag 12 ist eine Kenntnisnahme, stimmt die Fraktion zu. Eine Erhöhung des Steuerfusses lehnt sie ab, stattdessen muss kostenbewusstes Investieren oberste Priorität haben. Gewisse Projekte – Stichwort: Schulhaus Neubau – müssen kritisch hinterfragt werden. Der Votant ist der Ansicht, dem Leistungsausbau müsse Einhalt geboten werden.

Christoph Maier, FDP erläutert, das Budget des Gemeinderats projiziere einen Fehlbetrag von einer Million Franken. In Anbetracht der zukünftigen Investitionen müsste in einem normalen Jahr – seine Fraktion betrachtet das Budgetjahr 2019 als ein solches – eine ausgeglichene bis leicht positive Rechnung erreicht werden. Tatsache ist nämlich, dass der Aufwand stetig steigt und die normalisierten Steuereinnahmen mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Zweitens ist die Aufwandsteigerung nicht nur eine Folge der gestiegenen Transferzahlungen, sondern es ist einfach die Quittung für die neuen, freiwilligen Leistungsausweitungen, die der Rat beschlossen hat z.B. mit dem Entlastungsreglement, dem Kinder- und Jugendpolitischen Konzept, Smart Vote etc. bzw. von ungebremsten Leistungsausweitungen in den Bereichen FEB und Mietzinsbeiträgen, bei denen die Leistungen der Gemeinde nicht plafoniert sind. Es ist drittens in aller erster Linie der grosszügige, um nicht zu sagen der freigiebige Umgang mit öffentlichen Geldern, der diesen Fehlbetrag verursacht. Andere Gemeinden hätten es sich z.B. nie leisten können, ihre Einwohner für jede energierelevante Investition zusätzlich zu subventionieren und hätten das Geld aus dem Verkauf der Wärmeversorgung in den allgemeinen Haushalt nehmen müssen. Der normale Haushalt ist damit gar nicht mehr zu normalisieren, da er vollgestopft ist mit Umverteilungen an die eigenen Einwohner. In Jahren mit aussergewöhnlich hohen Einnahmen kann sich die reiche Gemeinde Binningen eine solche Freigiebigkeit möglicherweise leisten, aber bereits ein ganz normales Jahr, wie das nächste Jahr, bringt zum Vorschein, dass der Einwohnerrat mit seiner Grosszügigkeit viel zu weit gegangen ist.

Das Fazit ist, dass das Budget in einem normalen Jahr nicht mehr ausgeglichen präsentiert werden kann. Man muss sich – und da bezieht der Votant alle Einwohnerratsmitglieder mit ein – wirklich entscheiden, was man will. Entweder wird die Grosszügigkeit weiter mit grosser Kelle ausgelebt oder es werden Investitionsvorhaben realisiert, die dem Rat bereits vorgelegt wurden. Beides zusammen geht nicht. Das Parlament muss hier und heute Farbe bekennen, in welche Richtung die finanzpolitische Reise in Binningen gehen soll. Auf einem extrem hohen Niveau muss das Wort Einschränkung auch in Binningen bekannt werden. Die FDP-Fraktion verlangt daher, dass der Einwohnerrat in einem normalen Jahr ein ausgeglichenes Budget verabschiedet. Alle Produktgruppen sollten dazu beitragen, auch die Produktgruppe Bildung. Die FDP legt aus diesem Grund einen Änderungsantrag zu den GRPK-Anträgen vor, um eine gleichmässige Belastung aller Produktgruppen zur Erreichung dieses Ausgleichungsziels hinzubekommen. Weitere Anträge zu einzelnen Positionen möchte die Fraktion dann stellen, wenn der Rat zur Behandlung dieser Punkte kommt.

Karin Glaser, Grüne möchte der GRPK, dem Gemeinderat und der Verwaltung im Namen ihrer Fraktion für die grosse Arbeit und den aufwändigen Bericht, der verfasst wurde, danken. Sie findet, das Budget sehe so noch ganz nett aus. Die Votantin macht aber darauf aufmerksam, dass es so, wie es jetzt in diesem Bericht daher komme, eine «gefakte» Sache sei. Die GRPK hat einfach in den aufgeführten Posten nicht einstimmig 2,5 bis 5 Prozent eingespart. Nun kommt das Budget mit einer knappen Null durch. Das sieht natürlich gut aus. Welche Folgen es haben könnte, wurde nicht diskutiert oder ignoriert. Die Grünen möchten nicht gerade stehen für allfällige negative Überraschungen, die diese Kürzungen mit sich bringen. Die Rednerin vermutet, es sei sicher etwas hoch budgetiert worden. Vielleicht lässt sich ja hier und dort noch etwas streichen. Den Grünen fehlt im Budget die Auflistung der externen Arbeiten. Sie könnten sich vorstellen, dass da Einsparungen möglich wären. Die Fraktion möchte das Einsparen und Kürzen aber gerne dem Gemeinderat überlassen. Zukünftig stehen Investitionen in der Höhe von 74 Mio. Franken an. Es würde sie interessieren, wie diese Finanzierung zu Stande kommen soll. Die Grünen möchten das Budget nur ohne Kürzungen annehmen.

Gaida Löhr, SP schliesst sich dem allgemeinen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung an. Ein schlechtes oder ein unbefriedigendes Budget, so sieht es die bürgerliche Mehrheit. 11 Mio. Franken weniger Einnahmen und mehr Ausgaben werden moniert. Christoph Maier redete von einem viel zu grosszügigen Einwohnerrat. Diese Grosszügigkeit hat die SP-Fraktion nicht so erlebt. Aus ihrer Sicht wird seit Jahren gespart. Das macht der Rat immer am lautesten. Viele Verzichte können auch dazu führen, dass man später an einem anderen Punkt mehr ausgeben muss. Die Mietzinszuschüsse wurden angesprochen. Wenn diese nicht gewährt werden, hat man später möglicherweise die gleichen Personen in der Sozialhilfe und dies könnte dann noch teurer werden. Die Votantin findet, Sparen sei ein seltsames Wort. Der Rat spart nicht, indem er sich den eigenen Gürtel enger schnallt. Das würde sie möglicherweise noch begrüssen. Er spart, indem er entscheidet, was die anderen weniger haben sollen. Das ist etwas heikler.

Die Bürgerlichen schlagen eine Sparübung in allen Produktgruppen vor. Die Rednerin erlaubt sich einen kleinen Exkurs in die Bibel. Im Alten Testament gibt es die sieben fetten Jahre und die sieben mageren. Nur beruhend auf den Träumen des Pharaos haben Joseph und der Pharao damals bekanntlich gehandelt. Sie haben in den sieben fetten Jahren Rücklagen angehäuft und diese Rücklagen, und das ist der wichtige Punkt, in den mageren Jahren verbraucht und grosszügig verteilt. Das scheint ihr die verständlichste Form, um zu erklären, was antizyklisches und was ethisches Verhalten ist. Kein Wirtschaftsprofessor kann es besser erklären. Binningen hatte nur zwei fette Jahre, die irgendwann angekündigt wurden, und die Gemeinde hat nun absolut keine mageren Jahre. Die Einnahmen haben sich einfach wieder normalisiert. Nichtsdestotrotz schreit der Rat nach Sparanstrengungen und absolut nicht nach irgendeiner Grosszügigkeit, obwohl man sehr viel geschenkt erhalten hat.

Es wird in der Tat mit 11 Mio. Franken weniger gerechnet als im letzten Jahr mit dem Sondereffekt. Schaut man sich die budgetierten Einnahmen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 an, dann waren dies 52 Mio. Franken. Nun werden 62 Mio. Franken budgetiert. Wenn man dies vergleicht, so werden innerhalb von drei Jahren 10 Mio. Franken Einnahmen mehr budgetiert. Die Votantin meint, auch das könne man so zur Kenntnis nehmen. Es herrscht keine Dankbarkeit dafür, dass es der Gemeinde zwei Jahre extrem gut ging. Noch bevor das zweite fette Jahr vorbei ist, wird bereits das grosse Klagelied angestimmt und Sparanstrengungen werden verlangt. Das Budget 2019 sieht ein Defizit vor. Das gefällt auch der SP nicht. Ein Defizit von nicht einmal einer Million Franken, also unter 2 Prozent. Wenn man die Gründe für das Defizit sucht, wird man sehr schnell fündig. Die Rednerin meint damit Punkte, die zwar nicht zu verändern sind, die aber einmalig und trotz allem nicht einfach nur normal sind. Der Finanzausgleich. Ein Teil des Geschenks, das die Gemeinde erhielt, muss sie weitergeben. Das wäre der ethische Teil. Binningen muss rückwirkend für den zusätzlichen Geldsegen, den die Gemeinde erhalten hat, 750 000 Franken mehr in den Finanzausgleich zahlen. Schon ist das Budget fast ausgeglichen. Das ist für die SP-Fraktion kein Problem, sondern es handelt sich einfach um den Betrag, den man weitergibt.

Der Bereich Bildung wurde zweimal aufgegriffen. Jahrelang sang man das grosse Klagelied bezüglich der Überalterung der Gesellschaft und des Risikos der Alterspyramide, bei der kein Mensch weiss, wer die AHV später einmal zahlen soll. Nun gibt es mehr Kinder. Jetzt wird das grosse Klagelied darüber gesungen, dass es mehr Kinder gibt. Es ist klar, dass die Kinder Kosten in der Bildung verursachen. In 15 Jahren sind es AHV- und Steuerzahler. Die Rednerin nennt dies Wachstum und nicht Mehrkosten. Sie kommt zu einem weiteren Beispiel für Einnahmen. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren Grundstücke verkauft. Baurechtsland. 600 000 Franken weniger Einnahmen. Die Votantin erklärt, das Verschern von Land sei nicht das Gleiche, wie wenn man das Tafelsilber verkaufen würde. Man gibt Einnahmen Preis. Dagegen ist auch die SP-Fraktion. Sie fügt noch einen letzten Punkt an. Momentan gibt es eine Ausgleichsinitiative, die Binningen 900 000 Franken in die Kasse spülen resp. weniger aus der Kasse nehmen würde. Der Gemeindepräsident findet dies überflüssig. Ihre Fraktion findet es eigentlich keine schlechte Sache.

Die SP ist der Ansicht, das budgetierte Defizit sei so betrachtet nicht wirklich ein Defizit, sondern entspreche einer gewissen Logik aus einigen besonderen Situationen heraus. Die Fraktion wird weder den ersten noch den zweiten Sparanträgen, die etwas willkürlich zusammengesammelt wurden, zustimmen. Grundsätzlich ist sie nicht der Meinung, dass man zuerst sagt, was man ausgeben möchte und hinterher schaut, wie man dies durchsparen könnte. Man budgetiert seriös und schaut dann, dass man es hinbekommt. Die SP wird daher alle Sparanträge ablehnen. Bei WOV wird die Fraktion den Antrag der GRPK grossmehrheitlich ablehnen. Die Anträge 3 und 4 lehnt sie ab sowie Antrag 7 und 11, bei denen es darum geht, die Einsparungen nochmals festzuschreiben. Die SP würde dem Budget, wie es der Gemeinderat vorgelegt hat, zustimmen.

Andrea Alt, CVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Budget und der GRPK und ihrem Präsidenten für die grosse vorbereitende Arbeit und den Bericht. Dass das Budget ein Defizit von rund einer Million Franken vorsieht, ist unschön und gefällt auch ihrer Fraktion nicht. Rückblickend auf die letzte Budgetdebatte zeigt sich nun aber, dass trotz der unerwarteten Sondereffekte in der nächsten Zeit wohl leider nicht mit Steuersenkungen gerechnet werden darf. Die CVP ist der Meinung, insbesondere im Hinblick auf die grossen, geplanten Ausgaben müsse gespart werden. Allerdings hat ein Teil der Fraktion Mühe nachzuvollziehen, in welchen Bereichen der einzelnen Produktgruppen gespart werden soll. Das ist beispielsweise in den Produktgruppen Gesundheit, Kultur, Freizeit und Sport, bei der öffentlichen Sicherheit oder den Sozialen Diensten der Fall. Einer Einsparung im Bereich Bildung wird die Fraktion auf keinen Fall zustimmen. Im Gegenteil begrüsst es die CVP sehr, dass die GRPK diesen Bereich aussen vor liess. Die Fraktion stimmt den Anträgen 6, 8, 9, 10 und 13 zu. Antrag 12 nimmt sie zur Kenntnis. Bei den übrigen Anträgen ist sich die Fraktion nicht einig.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP führt aus, es werde immer von einem ausgeglichenen Budget gesprochen. Der Gemeinderat legt in diesem Sinn ein ausgeglichenes Budget vor. Die 900 000 Franken Minus sehen auf den ersten Blick nicht ausgeglichen aus. Wenn man aber die Gründe anschaut und aufnimmt, was Gaida Löhr vorhin sagte, dass man in den fetten Jahren Rücklagen bildet und diese in den schlechten Jahren verwendet, dann hätte der Gemeinderat dies sehr gerne getan. Die geltende Gesetzgebung lässt es aber nicht zu. HRM2 lässt keine Rückstellungen zu, daher muss ein Minus geschrieben werden. Das Plus aus dem letzten Jahr fliesst ins Eigenkapital, um dann mit dem Eigenkapital den Aufwandüberschuss zu decken. Das tönt technisch. Die Bildung einer Rückstellung wäre einfacher gewesen. Hätte man diese aufgelöst, so hätte sich ein Minus von 100 000 Franken ergeben. Der Votant ist überzeugt, dass man bei einem Defizit von 100 000 Franken nicht diese Diskussion führen und auch nicht über Sparmassnahmen sprechen würde. Auch wenn er persönlich viel Interesse an Sparmassnahmen hat, findet er es ehrlich gesagt etwas vom hohen Ross herab. Man kommt mit dem Rasenmäher und möchte einige Prozente hier und dort sparen. Gleichzeitig will man Verantwortung übernehmen und WOV abschaffen, denn dann kann man wieder darauf zugreifen. So geht es nicht. Man kann miteinander reden. Es wurden viele Punkte in Bezug auf den Leistungsausbau angesprochen. Der Leistungsausbau ist reglementarisch und kann nicht einfach von heute auf morgen so umgesetzt werden. Das müsste man anders handhaben.

Nun geht es aus Sicht des zuständigen Gemeinderats einfach um ein «Schwarz Peter»-Spiel. Man möchte Verantwortung übernehmen, macht das aber nicht und gibt den Schwarzen Peter an den Gemeinderat zurück. Er verweist darauf, dass der Gemeinderat einen Massnahmenkatalog hat, den er auflisten werde, wenn die Anträge mit den 2 Prozent durchkommen. Dort sieht man die einzelnen Positionen schön. Darüber kann man diskutieren und dort Verantwortung übernehmen. Der Redner ist der Meinung, so wie die Diskussion verlaufen ist, sei es ein Gegeneinander. Aus seiner Sicht sollte man ein Miteinander hinbekommen. Das stört ihn am meisten an der ganzen Sache. Man sollte miteinander an ein Ziel kommen und nicht einfach irgendwelche Strohfeuer zünden. Das ist nicht konstruktiv und man spart schlussendlich auf dem Rücken von anderen Personen, die nichts damit zu tun haben. Das wollte und musste er hier so offen und ehrlich sagen. Zu vielen kleineren Sachen, die gesagt wurden, wird er wahrscheinlich bei der Detailberatung noch Stellung nehmen. Der Votant weist nochmals darauf hin, dass der Gemeinderat einen Massnahmenkatalog vorbereitet hat. Wenn die Massnahmen, so wie sie die GRPK beantragt, beschlossen werden, wird der Gemeinderat die Liste hier im Saal an die Wand projizieren.

DETAILBERATUNG

Präsident Thomas Hafner, CVP möchte nun zur Detailberatung übergehen. Er wird alle Produktgruppen einzeln runterlesen und den Ratsmitgliedern die Möglichkeit geben, etwas dazu zu sagen sofern notwendig. Danach werden die Anträge der GRPK behandelt.

Produktgruppe 1: Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Stephan Appenzeller, SP äussert, die SP finde es nicht sinnvoll, das Budget nun mit Prozentbeträgen zu korrigieren und damit die Katze im Sack zu kaufen und den Schwarzen Peter an den Gemeinderat weiterzugeben. Um sich die Auswirkungen ein wenig vorstellen zu können, ist es der Fraktion wichtig, mehr Informationen zu erhalten. Der Redner hat sich angeschaut, welches die grössten Einzelposten der Produktgruppe 1 sind. Knapp 800 000 Franken sind Einwohnerdienste, knapp 650 000 Franken kostet der Gemeinderat, gut 350 000 Franken der Einwohnerrat und etwas über 500 000 Franken sind Produktgruppengemeinkosten, was immer dies genau heisst. Er fragt sich, was man hier überhaupt sparen könnte, wenn man 5 Prozent, also über 100 000 Franken, einsparen möchte. Dazu hätte er gerne die Auskunft des Gemeinderats, wenn dieser eine Liste dazu hat. Wird der Ausflug des Einwohnerrats gekürzt? Muss sich der Rat verkleinern, weniger Sitzung abhalten und diese dafür effizienter gestalten? Der Votant findet, man könne es immer mal wieder versuchen. Das Gleiche gilt für den Gemeinderat. Heisst das, dass das Gemeinderatsessen wegfällt? Muss sich der Gemeinderat – wie es der Rat schon x-mal diskutiert und abgelehnt hat – auf 5 oder 3 Mitglieder verkleinern? Oder auch bei den Kosten für Aussenbeziehungen: Wird der Beitritt zur Region Leimental Plus, den der Votant eine gute Sache findet und der 13 000 Franken Mehrkosten zur Folge hat, gleich wieder storniert? Das wären seine Fragen, damit der Rat weiss, was diese 5 Prozent heissen und nicht die Katze im Sack kauft.

Christoph Maier, FDP findet es ein gutes Beispiel, bei PG1 bereits ans Herz der Materie zu kommen. Natürlich fragen sich die GRPK und auch der Rat, wie man gewisse Einsparungen überhaupt erreichen kann. Selbstverständlich würde es die Anwesenden interessieren, welcher Betrag wo eingespart werden kann. Aber die einzigen, die nahe an der Sache sind und tatsächlich auch wissen, wo überhaupt Sparpotenzial vorhanden ist, sind die Gemeinderatsmitglieder. Gemäss der Binninger Gemeindeordnung, und an diese muss man sich schlussendlich halten, ist der Gemeinderat auch dafür kompetent. Es geht nicht um einen Schwarzen Peter, der hin und her geschoben wird, sondern das Parlament verabschiedet die Globalbudgets, solange man WOV und die Globalbudgets noch hat, und sagt, wie viel Geld es gibt. Das hat nichts mit Verantwortung zuschieben zu tun, sondern es hat schlicht und einfach etwas mit den Regeln zu tun, die in der Gemeinde Binningen herrschen. Wer die Debatte vor einer Woche in der Nachbargemeinde Allschwil verfolgt hat, hat ein ganz anderes Bild und vielleicht eine etwas falsche Vorstellung davon, was der Einwohnerrat in Binningen machen kann. Der Binninger Einwohnerrat kann keine einzelne Linie streichen. Das kann nur der Gemeinderat. Das Parlament sagt, wie viel Geld es im

Topf hat. Was der Gemeinderat dann mit diesem Topf macht, ist Sache des Gemeinderats. Das ist die Aufgabentrennung zwischen Legislative und Exekutive in der Gemeinde Binningen.

Gaida Löhr, SP äussert, ganz so einfach wie Christoph Maier es dargestellt hat, dass das Parlament bestimmt, was im Topf ist und der Gemeinderat sagt, welche Ausgaben er tätigen möchte, sei es dann doch nicht. Sonst müsste der Einwohnerrat nur ein einziges Mal hier sitzen, dann könnte er nach Hause gehen und hätte für ein Jahr entschieden. Sie ist der Ansicht, das Parlament sage eigentlich schon, was mit dem Geld passiere. Zudem ist sie der Meinung, dass der Rat wissen möchte, was passieren würde, wenn hier 2 Prozent und dort 5 Prozent gestrichen werden würden. Das wissen die Ratsmitglieder momentan nicht. Christoph Maier sagte, der Gemeinderat sei näher dran, er solle schauen. Wenn das Parlament aber einen solchen Entscheid fällt, dann möchte die SP wissen, was damit ausgelöst wird. Einfach nur zu sagen, das machen wir mal, findet die Fraktion etwas fahrlässig.

Rahel Bänziger, Grüne kann den Ausführungen nur zustimmen. Es gibt die Trennung zwischen Exekutive und Legislative und momentan noch WOV. Es wäre nur fair, wenn der Rat, wenn er Einsparungen beschliesst, dem Gemeinderat auch sagen würde, welche Leistungen er dafür nicht mehr möchte. Das wäre eigentlich der Grundgedanke von VOW und nicht einfach zu sagen, es müssen 5 Prozent gespart werden und dann muss der Gemeinderat halt selbst schauen. Die Votantin findet, die Vorschläge, wo der Gemeinderat die Beträge einsparen soll, hätten in der GRPK diskutieren werden müssen. Nun einfach 5 Prozent hier und 2 Prozent dort. Sie kommt sich vor wie auf dem Bazar, wenn sie sich die Anträge der FDP anschaut. Nun kommt in der Bildung doch noch ein Prozent dazu. Bei der Einsparung von 5 Prozent im Bereich Verkehr und Strassen könnten die Grünen unter Umständen sogar noch mitmachen, wenn man denn wüsste, welche Auswirkungen das hätte und dass wirklich am richtigen Ort gespart werden würde, beim Strassenbau und nicht beim -unterhalt. Ohne zu wissen, was genau eingespart wird, findet es die Rednerin unverantwortlich, solche Kürzungsanträge zu stellen. Wenn das von einer Seite gewünscht wird, dann muss zumindest auch gesagt werden, was gestrichen werden soll.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP hat in seinem Votum einen Massnahmenkatalog des Gemeinderats erwähnt und lässt diesen nun an die Wand projizieren. Der Massnahmenkatalog geht nicht über eine Produktegruppe sondern über alles, um – wie es im Antrag formuliert ist – schlussendlich eine Million Franken zu sparen. Der Gemeinderat würde dies so umsetzen. Es steht dem Gemeinderat offen und er hat den Massnahmenkatalog daher so beschlossen. Die Liste ist nicht auf einzelne Produktegruppen runtergebrochen, sondern über alles.

Produktegruppe 2: Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

Produktegruppe 3: Gesundheit

Simone Abt, SP erinnert daran, es sei Adventszeit, Zeit der guten Wünsche. Die Anwesenden werden später beim Apéro zusammen stehen und sich selbstverständlich eine gute Gesundheit für das neue Jahr wünschen. Das ist sehr schön, aber auch etwas zynisch, wenn sie bedenkt, dass man zuerst u.a. im Bereich Gesundheit eine grosse Sparübung durchführen möchte. Sie hat die Produktegruppe unter die Lupe genommen und sich angeschaut, was es zu sparen gäbe. Mit einem gewissen Schrecken stellte sie fest, dass überall Partner betroffen wären. Man kann sich wirklich fragen, ob diese die gleiche Leistung oder eine bessere, verbessern kann man sich immer, für etwas weniger Entgelt erbringen würden.

Die Rednerin hat drei Fragen, bei denen vielleicht Barbara Jost oder Christoph Anliker weiterhelfen können. Das eine ist die Frage nach der Versorgungsregion Binningen, Allschwil, Schönenbuch. Hier sind Arbeiten im Gang. Es wurde ein gewisser Aufwand budgetiert. Es ist einer der Bereiche, bei denen eine deutliche Erhöhung des Budgets stattgefunden hat. Können die Arbeiten mit einer solchen Kürzungslage fortgesetzt werden oder heisst es zurückstellen? Was würde dies für die Partnergemeinden bedeuten, die ebenfalls Vorbereitungen treffen? Fährt für die Gemeinde Binningen nun der Zug ab, wenn sie

sich aus dieser Planung verabschieden müsste? Zweitens: Lässt sich die ganze Sparübung allenfalls mit der Streichung von Zwergausgaben ähnlich wie bei HÜP machen, z.B. bei den relativ frisch eingeführten Unterstützungsbeiträgen für pflegende und betreuende Angehörige? Da stellte man eine kleine Entlastung für Personen in Aussicht, die bezahlte Angebote – nicht etwa die Unterstützung von Verwandten und Freunden – in Anspruch nehmen. Sollte man dies vielleicht wieder streichen? Die dritte Frage lautet: Gäbe es vielleicht eine Möglichkeit, ein wenig mehr Druck auf das Alters- und Pflegeheim auszuüben, damit die Neuregelung der Ergänzungsleistungen die Gemeinde nicht so hart trifft? Könnte man hier allenfalls noch etwas schrauben, um sich dann wieder zu wundern, dass solche Sache wie das unsägliche «sell-and-rent-back» aufs Tapet kommen?

Gemeinderätin Barbara Jost, SP weist darauf hin, diese Punkte seien nicht auf der Liste des Gemeinderats. Es wurde dem Gemeinderat überlassen. Bei der Versorgungsregion will der Gemeinderat weitermachen. Die Entlastungsleistungen betreffen ein Reglement. Das greift nicht für das Jahr 2019. Der Einwohnerrat müsste dies wieder abschaffen. Bei den Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen könnte man schon etwas anders budgetieren, aber das wäre einfach nicht mehr seriös.

Produktgruppe 4: Kultur, Freizeit und Sport

Bettina Benthous, SP möchte weiter nachhaken. Sie sieht auf der Liste, dass man kulturelle Institutionen von Basel nicht mehr unterstützen würde. Man könnte auch weitergehen und kulturelle Institutionen in Binningen oder im Leimental nicht mehr unterstützen. Man könnte das Ferienheim Adelboden nicht mehr heizen, aber man könnte auch die ganzen Ferienheime abschaffen. Man könnte das Hallenbad nicht mehr unterhalten, das hat sie sich auch überlegt. Es sind alles Sparmassnahmen. Die Rednerin hätte noch einige andere Vorschläge, die vielleicht plötzlich dazu kommen könnten. Die Sportvereine könnten z.B. Gebühren und Eintritte für ihre Hallenmiete zahlen. Man könnte den Rollrasen wieder einrollen und diesen vielleicht nochmals weiterverkaufen. Er wäre sicher noch tauglich. Oder man könnte im Ortsmuseum die Chroniken nicht mehr nachführen. Dann würde die Geschichte von Binningen im Jahr 2018 plötzlich aufhören. Auch das Jugendhaus und den Robi-Spielplatz könnte man schliessen. Dann hätte man die Jugendlichen wieder auf der Gasse und sie würden vielleicht andere Kosten verursachen, wie man dies auch schon gehört hat. Es gäbe noch viele Sparmassnahmen. Der Votantin ist nicht klar, ob die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen reichen würden. Wären dies auch Sachen, die allenfalls in Betracht gezogen werden könnten?

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP stellt, bevor der Rat nun in jeder Produktgruppe in weitere Details geht, klar, der Antrag laute, es stehe dem Gemeinderat offen, er solle machen. Der Gemeinderat legt eine Liste vor. Hinter dieser Liste steht er. Man muss nun nicht über weitere Massnahmen, die man machen könnte oder auch nicht, diskutieren. Dieser Massnahmenkatalog ist das, was über alle Produktgruppen hinweg greift.

Produktgruppe 5: Bildung

Gaida Löhr, SP ist etwas anderer Meinung als Christoph Anliker. Die SP möchte nun zeigen, wie sie es in jeder Produktgruppe – und die Liste des Gemeinderats war dem Rat ja vorher nicht bekannt – sehe, wo sie Gefahren sehe und was sie nicht möchte. Im Bereich Bildung wusste man nicht, dass Anträge kommen werden. Da es aber grundsätzlich das Thema der Votantin ist, möchte sie gerne etwas dazu sagen. Wenn sie zudem sieht, dass die Heizung von Adelboden auf dem Massnahmenplan steht, dann stellt sich die erste Frage: Gibt es einfach keine Winterferien mehr in Adelboden? Im Winter ist es ohne Heizung etwas ungemütlich. Das ist aber die Jahreszeit, in der die meisten Lager in Adelboden stattfinden. Wenn sie nicht dort stattfinden, sind sie teurer. Dann kostet es die Gemeinde wieder mehr. Man könnte auch gar keine Lager mehr durchführen. Die Rednerin ist froh, dass die Bürgerlichen nicht verlangen können, dass es weniger Kinder gibt. Das kann man nur in China, in der Schweiz nicht. Die Votantin findet, bei der Schule zu streichen sei nicht ok.

Marc Schinzel, FDP äussert, es sei nun selbstverständlich jedem überlassen, zu reden und einzelne Posten herauszunehmen. Mit WOV hat man dies aber eigentlich nicht. Christoph Maier erklärte es sehr gut. Es liegt eine Liste des Gemeinderats vor. Jeder kann lesen, was allenfalls in Erwägung gezogen wird und was nicht. Man könnte nun bei jedem einzelnen Argument auch Gegenargumente bringen. Das hat seine Fraktion aber nicht vor. Einen Punkt möchte er dennoch nicht unerwähnt lassen: Adelboden könnte besser genutzt werden. Er weiss, dass Winterlager in anderen Orten in den Alpen stattfinden, nicht im Gemeindehaus. Wohlverstanden Winterlager von Binnerer Schulklassen. Da müsste man konsequent sein. Er weiss ganz konkret, dass diese Lager zum Teil auch an anderen Orten stattfinden.

Roman Oberli, SVP kommt es so vor, als befände sich die SP heute Abend in einer Satire-Show und nicht in einer Einwohnerratssitzung. Es zeigt viel mehr, dass die SP nicht bereit ist, mit den Spielregeln, die die Gemeinde heute hat, zu sparen. Gaida Löhr hat von mageren Jahren gesprochen. Wenn er den Finanzplan anschaut und die kommende Liegenschaftsstrategie berücksichtigt, dann sind es nicht nur magere Jahre, sondern es geht um eine existenzielle Bedrohung der Gemeinde Binneren. Genau aus solchen Gründen muss gespart werden, damit man nicht bereits mit einer negativen Budgetierung in die ganze Geschichte startet.

Karin Müller, SP würde interessieren, wie viel man mit der vorliegenden Liste sparen würde.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erklärt, mit dem Massnahmenkatalog werde der geforderte Betrag eingespart.

Produktegruppe 6: Öffentliche Sicherheit

Ralph Büchelin, SP teilt mit, es sei zwar kein riesiger Betrag. Bei der Produktegruppe Sicherheit möchte man knapp 32 000 Franken einsparen. Er hat gelesen, bei der Feuerwehr sollen spröde Masken ersetzt werden, es braucht neue Funkgeräte bei der Polizei und Feuerwehr und es werden neue Pumpen benötigt. Sollen Wasserkübel angeschafft werden? Möchte man bei so enorm wichtigen Sachen sparen, die der Sicherheit dieser Leute dienen?

Produktegruppe 7: Soziale Dienste

Susanne Tribolet, SP ist nicht ganz klar, was sie noch fragen darf und was nicht und was nun mit dem Vorschlag des Gemeinderats im Zusammenhang mit dem Vorschlag der GRPK ist. Trotzdem möchte sie nachfragen, was dies nun bedeuten würde. Möchte man bei den Sozialen Diensten tatsächlich über 200 000 Franken sparen und dann am falschen Ort sparen oder nicht sparen? Dies ist der Votantin nicht ganz klar. Auf der an die Wand projizierten Massnahmenliste steht nichts davon, aber im Vorschlag der GRPK schon. Will man nach wie vor bei der Beratung und Prävention sparen, bei der Arbeitsintegration oder bei anderen Integrationsmassnahmen oder bei den Mietzinsbeiträgen? Die Rednerin möchte nicht, dass genau bei den Menschen gespart wird, die es im Leben sowieso schon schwer haben.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP sagt es gerne nochmals. Man kann zu jeder Produktegruppe nochmals etwas sagen oder Einschätzungen abgeben. Die projizierte Liste ist der Vorschlag des Gemeinderats. Das zählt. Alles andere steht zurzeit nicht im Raum. Die Liste beinhaltet die Massnahmen, die der Gemeinderat primär im Sinn hat.

Produktegruppe 8: Verkehr, Strassen

Brigitte Strondl, SP hat eine Frage an die zuständige Gemeinderätin Caroline Rietschi. Ihr ist die Massnahme bzgl. des Parkraumreglements nicht ganz klar. Man möchte die Gebühren nun erhöhen. Die Votantin ist der Ansicht, dass dies bereits alles kommuniziert wurde und auf den 1. Januar 2019 eingeführt werde, wie es der Rat eigentlich beschlossen hat. Sie geht davon aus, dass die Massnahme nicht für das Jahr 2019 greift.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt, das Reglement könne relativ schnell geändert und die Änderungen können relativ schnell in Kraft gesetzt werden. Wenn sich alle beeilen, ist es aus ihrer Sicht innerhalb von drei Monaten machbar. Dann könnte man per 1. April die höheren Gebühren in Kraft setzen und hätte anstatt auf etwas zu verzichten Mehreinnahmen generiert, wie es ursprünglich einmal im Rahmen einer HÜP-Massnahme geplant war. Es ist nicht so, dass man auf das Jahr 2020 warten muss. Wenn man wirklich Mehreinnahmen generieren will, kann man dies relativ schnell tun.

Produktgruppe 9: Versorgung, Umwelt

Karin Müller, SP führt aus, die Mehreinnahme-Massnahme dieser Produktgruppe stehe bereits auf der Liste, nämlich die Abschaffung des Gratis-Sargs. Was würde dann mit den Personen geschehen, die sich keinen Sarg leisten können und auf den Gratis-Sarg angewiesen sind? Kommen die direkt in die Erde oder wie ist das angedacht?

Produktgruppe 10: Hochbau und Ortsplanung

Erik Schellenberg, SP hat sich überlegt, wie man bei dieser Produktgruppe Sparmassnahmen durchführen könnte. Wird z.B. mit den Baugesuchen gewartet? Werden neue Sachen, neue Software einfach nicht eingeführt? Oder setzt man die Dorfplanung aus? Die ist ja nicht so dringend. Wird der Liegenschaftskataster nicht so schnell angepasst? Er findet, unter den Sparmassnahmen müsse man sich irgendetwas vorstellen können.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP ist der Ansicht, es gebe einen wichtigen Kern in dieser Aussage. Es gibt gewisse Leistungsziele, die erreicht werden sollen. Die können z.T. nicht mehr erreicht werden. Das muss man einfach wissen.

Leistungszentren

Keine Wortmeldungen.

Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, kommt der Präsident zu den Anträgen der GRPK.

ABSTIMMUNG

Christoph Maier, FDP hat eine Frage zu Antrag 1 der GRPK. Seines Wissens ist dazu noch ein Geschäft beim Gemeinderat hängig. Bevor dem Antrag zugestimmt wird, hätte er vom Gemeinderat gerne gewusst, wie er das Verhältnis zwischen dem bestehenden Geschäft und diesem Antrag beurteilt bzw. wie er die beiden Anträge behandeln würde.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erläutert, das Postulat zum Thema WOV sei im März 2017 behandelt worden. Die Abschaffung von WOV wurde abgelehnt. Daher ist diesbezüglich nichts mehr hängig. Der Gemeinderat erklärte aber, er würde WOV gerne weiterentwickeln und mit der GRPK ins Gespräch kommen, um sich gegenseitig auszubilden und einen Schritt weiter zu kommen. Er hat es ganz zu Beginn erwähnt: Es soll kein Gegeneinander sondern ein Miteinander sein. So wie es momentan läuft, ist es nur ein Gegeneinander. Daher macht es aus seiner persönlichen Sicht so keinen Sinn, vorwärts zu machen. Er muss ganz ehrlich sagen: Es bringt nichts. Wenn man nicht will, dann will man nicht.

Christoph Maier, FDP würde in diesem Fall gerne nochmals über die Vorlage reden. Er denkt, bevor man dem Gemeinderat die Forderung zur Abschaffung nochmals unterbreitet, wie man es schon einmal gemacht bzw. wofür man keine Mehrheit gefunden hat, sollte man sich Gedanken darüber machen, welche Auswirkungen dies auf die gegenseitige Zusammenarbeit hätte. Wenn der Rat schlussendlich jede einzelne Linie des Budgets beurteilt, dann setzt er sich in die Funktion einer Exekutive. Der Redner fragt sich ganz ehrlich: Warum braucht es dann noch einen Gemeinderat? Man könnte auch umgekehrt fragen: Warum braucht es in diesem Fall noch einen Einwohnerrat? Dann würde es eigentlich reichen,

wenn man einen Gemeinderat hat. Bevor man hingeht und sich anmasst, in die Exekutivfunktionen resp. in die einzelnen Positionen reinzugreifen – ohne dass man wirklich bereit ist, so viel Arbeit hinein zu stecken, wie dies die Gemeinderäte tun –, bevor man einen solchen Antrag hier einfach verabschiedet, sollte sich der Rat diese Frage ganz genau überlegen. Der Votant ist der Ansicht, dies bringe die Gemeinde nicht weiter. Er hofft, dass dies jeder für sich abwägt bevor er dem Antrag zustimmt.

Marc Schinzel, FDP teilt das Votum von Christoph Maier vollumfänglich. Er findet es keine gute Sache. Es wäre seines Erachtens erstens ein Schnellschuss und zweitens eine «Zwängerei». Es kommt ihm aufgrund der Diskussion heute Abend, die seines Erachtens bisher nicht sehr gut gelaufen ist, ein wenig so vor, wie wenn das Ei gescheit sein will als das Huhn. Der Votant ist der Meinung, dies könne es nun wirklich nicht sein. Der Gemeinderat hat Exekutivaufgaben und das Parlament ist sicher nicht dazu da, jeden einzelnen Posten durchzuberaten. Damit würde man gar nicht fertig werden. Der Einwohnerrat würde seine Sitzungen verlängern. Das würde wieder teurer werden und dann müsste man wieder sparen. Also ganz klar: Der Redner wird auch nein stimmen.

Rahel Bänziger, Grüne kann Marc Schinzel versichern, als noch über die einzelnen Linien abgestimmt wurde, dauerten die Sitzungen nicht unbedingt länger, als das Theater, das der Rat heute Abend macht. Das Problem von WOV ist in ihren Augen, dass es in der Gemeinde Binningen nie richtig und vollständig eingeführt wurde. Das Ziel von WOV wäre gewesen, dass man politisch führen kann, indem man sagt, diese Leistung wird bestellt und wenn man diese oder jene Leistung nicht mehr will, dann wird beim Globalbudget der besagte Betrag abgezackt und dass man, wenn man dem Gemeinderat einen Sparauftrag gibt, klipp und klar sagen muss, wo man sparen möchte. Das Problem von Seiten des Gemeinderats war, dass man hier im Saal auch schon das Spielchen hatte, dass das Parlament den klaren Auftrag gab, im Strassenbau 0,5 Mio. Franken zu streichen. Der Gemeinderat lachte dem Einwohnerrat damals schlicht weg ins Gesicht und sagte, man habe WOV und Globalbudgets. Der Rat könne die 0,5 Mio. Franken zwar streichen, aber wo er dies einspare, entscheide der Gemeinderat selbst. Das ist der Punkt. Wenn ein Sparantrag gestellt wird, muss ganz klar definiert werden, wo welche Leistung nicht mehr erbracht werden soll. Das hat bisher leider gar nicht funktioniert. Daher steht der Antrag immer wieder im Raum: WOV ja oder WOV nein?

Die Votantin hört heute Abend einen Meinungsumschwung auf Seiten der FDP. Es gäbe noch eine andere Möglichkeit. Man könnte WOV definitiv einführen. So hat sie die Fraktion verstanden. Das würde bedeuten, dass man heute Abend alle Sparaufträge der FDP ablehnt, weil hinter keinem eine konkrete Leistung steht, die die FDP vom Gemeinderat für die Gemeinde nicht mehr ausgeführt haben möchte. Entweder macht man etwas richtig und dann wird es auch richtig eingeführt oder man lässt es weg und geht wieder auf die Budgetlinien runter. Diese Sitzungen dauerten nicht viel länger als die Sitzung heute Abend. Aus ihrer Sicht könnte man dies nochmals prüfen. Aber wenn die FDP dafür ist, WOV weiter beizubehalten und richtig einzuführen, dann erwartet sie von der Fraktion, dass sie alle ihre Sparanträge zurückzieht oder genau definiert, was sie nicht mehr will. In diesem Fall müssten auch alle Sparanträge der GRPK abgelehnt werden. Das ist Logik und so funktioniert es. Das war der Grundgedanke von WOV. Entweder man führt ihn weiter oder man lässt es so und begräbt WOV.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP hat es bereits gesagt. Es muss ein Miteinander sein. Für ein Miteinander muss man miteinander reden. Das findet zurzeit einfach nicht statt. Das ist der erste Punkt. Der andere Punkt ist, es wird immer wieder gesagt, man wisse nicht und hin und her. Er möchte es einfach wieder einmal in den Raum werfen, damit es in den Raum geworfen ist: Es gibt die Möglichkeit, die ganze funktionale Gliederung bei der Verwaltung zu bestellen. Darin sieht man die einzelnen Positionen. Er weiss nicht, wann dies das letzte Mal gemacht wurde. Der Redner machte es einmal, war aber mit Edi Rietmann einer der einzigen. Die funktionale Gliederung könnte man beziehen. Bezüglich der Globalbudgets und sparen resp. nicht sparen: Die ganze HÜP-Liste waren einzelne Posten, bei denen der Einwohnerrat einzelne Posten bestimmt hat. Er versteht die Diskussion nicht.

Bettina Benthous, SP stellt den Antrag, die WOV-Abstimmung hinten anzustellen und zuerst zu schauen, ob die andere Ratsseite bereit ist, auf die Sparmassnahmen zu verzichten. Wenn nicht, könnte man anschliessend immer noch entscheiden, ob man WOV nun möchte oder nicht. Zuerst über WOV abzustimmen und dann die Sparmassnahmen auch noch anzunehmen, das geht nicht.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP weist darauf hin, es stehe ein Antrag der SP im Raum. Die SP möchte, dass Antrag 1 verschoben wird. Er schlägt vor, über Antrag 1 nach Antrag 2 abzustimmen.

Pascal Treuthardt, FDP würde den Grund für die Verschiebung der Abstimmung interessieren. Was gewinnt man damit? Er gesteht, es gebe auch Personen, die nicht zuhören und dann halt ein zweites Mal fragen müssen.

Bettina Benthous, SP erklärt, es gehe darum, was Rahel Bänziger in ihrem Votum bereits gesagt habe. Man muss zuerst über die Sparmassnahmen befinden. Entweder wird WOV abgeschafft oder die Sparmassnahmen kommen durch. Es muss in dieser Reihenfolge angeschaut werden. Sie verweist auf die Diskussion von eben. Anders kann sie es nicht begründen.

Gaida Löhr, SP äussert, Rahel Bänziger habe es ausgiebig erklärt. Mit WOV muss man sagen, welche Leistung man nicht mehr möchte und nicht einfach 5 Prozent weniger. Rahel Bänziger meinte, dies wolle man nun sehen. Entweder werden alle Sparanträge zurückgezogen oder es kommen klare Anträge, dass man diese oder jene Leistungen nicht mehr will. Wenn das gemacht wird, kann WOV, so wie es jetzt ist, umgesetzt werden und man kommt endlich einen Schritt weiter. Wenn die andere Ratsseite dazu nicht bereit ist, dann zeigt sie durch die Nicht-Bereitschaft klar, dass sie WOV nicht einführen möchte, weil sie weiterhin nicht mit WOV argumentiert. Dann kann WOV abgeschafft werden. Entweder konsequent einführen oder abschaffen. Dafür muss man zuerst sehen, was mit den Sparanträgen geschieht.

Daniel Zimmermann, FDP hat das eben Gehörte komplett verwirrt. Es geht heute nicht darum WOV abzuschaffen, sondern dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, ein Geschäft auszuarbeiten, um dieses dann, wenn es vorliegt, in ganzer Länge und Breite diskutieren zu können. Daher ist der Antrag, Antrag 1 hinten anzustellen, überhaupt nicht relevant. Es geht darum, dass der Rat mit Antrag 1 ein Geschäft mit einer Zielformulierung beauftragt. Nicht mehr und nicht weniger. Der Einwohnerrat wird sicher noch die Gelegenheit erhalten über dieses Geschäft zu diskutieren. Er stellt den Ordnungsantrag, nun zur Abstimmung zu schreiten.

Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, Antrag 1 sei ganz klar. Es geht darum, WOV abzuschaffen. So steht es im Antrag. Es geht nicht um eine breite Auslegeordnung. Der Antrag muss richtig gelesen werden. Sie hat es vorhin erklärt. Entweder man führt WOV richtig ein und dann muss die FDP zu jeden Punkt resp. zu jeden 5 Prozent sagen, was sie will, oder die Fraktion zieht die Anträge zurück. Die logische Abfolge ist so, wie es Bettina Benthous ausführte. Über Antrag 1 sollte zum Schluss abgestimmt werden, wenn die Intention der FDP klar ist. Beides zu haben – eine 5 prozentige Kürzung bei den Globalbudgets und WOV beibehalten – geht einfach nicht. Daher lautete der Antrag, Antrag 1 nach hinten zu verschieben.

Pascal Treuthardt, FDP verweist auf den Ordnungsantrag, über den nun abgestimmt werden sollte. Falls dieser durchkommt, wird die Rednerliste abgearbeitet. Alle, die auf jeden Fall noch etwas sagen möchten, können sich jetzt – solange er noch am Reden ist – auf die Rednerliste setzen lassen. Dann kommen sie auf jeden Fall noch zu Wort. Er ist dafür, nun über den Ordnungsantrag abzustimmen.

Präsident Thomas Hafner, CVP erklärt, zuerst werde nun über den Antrag bezüglich der Reihenfolge der Abstimmungen abgestimmt. Es wurde der Antrag gestellt, Antrag 1 zu verschieben.

Antrag der SP: Antrag 1 verschieben: 16 JA, 18 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 04)

://: Das Verschieben von Antrag 1 der GRPK wird abgelehnt.

Antrag 1 der GRPK: 11 JA, 20 NEIN, 5 Enthaltungen (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: 1. Der Antrag der GRPK, den Gemeinderat zu beauftragen, dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Änderung des Finanzreglements (WOV) zu unterbreiten, worin die Globalbudgets und die Globalkredite abzuschaffen sind, wird abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP kommt zu Antrag 2. Dazu wurde von Seite der FDP ein Antrag eingereicht, der allen Anwesenden als Tischpapier vorliegt. Er fragt Christoph Maier, ob es einfachheitshalber möglich wäre, den Antrag dem GRPK-Antrag gegenüber zu stellen, denn zahlenmässig ergibt es in etwas das Gleiche.

Christoph Maier, FDP schlägt vor, die Abstimmungen so durchzuführen, dass Produktgruppe für Produktgruppe ausgemehrt und die einzelnen Anträge einander gegenübergestellt werden. Ihm ist bekannt, dass es bspw. zu PG5 weitere Abänderungsanträge gibt. Dann würde man diese gegeneinander ausmehren.

Gaida Löhr, SP hat vorhin erwähnt, dass die SP den Sparanträgen nicht zustimmen werde. Die Fraktion beantragt überall, dass das vom Gemeinderat vorgeschlagene Budget genommen wird. Dies wäre ein weiterer Antrag, den man mit den anderen Anträgen ausmitteln müsste.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, wenn er den Bericht der GRPK anschau, dann gebe es einen Antrag 2 und kein 2.1, 2.2, 2.3 etc.. Wenn der Einwohnerrat nach diesem Papier eine Entscheidung finden möchte, dann sagt er zu Antrag 2 entweder ja oder nein. Das heisst auf der anderen Seite, der Gegenantrag der FDP ist als Alternative zu Antrag 2 zu verstehen. Es gibt daher kein Ausmehren pro Produkt, sondern es ist ein Gesamtantrag.

Rahel Bänziger, Grüne muss Gaida Löhr zustimmen. Die Grünen werden ebenfalls dem Antrag des Gemeinderats folgen und weder den Anträge der GRPK noch den nachträglich von der FDP vorgelegten Anträgen zustimmen. Nun muss man schauen, wie man darüber geordnet und gesittet abstimmen kann.

Pascal Treuthardt, FDP hofft, die FDP-Mitglieder werden den Antrag der FDP unterstützen. Soweit er weiss, ist es vom Vorgehen so, dass der Antrag, der aus dem Rat kommt, zuerst dem GRPK-Antrag gegenübergestellt wird. Der siegende Antrag wird danach gegen den Gemeinderats-Antrag ausgemehrt.

Stephan Appenzeller, SP unterstützt den Vorschlag, dass Produktgruppe für Produktgruppe abgestimmt wird. Es ist vielleicht formal juristisch richtig, dass es nur ein einziger Antrag ist, aber es entbindet den Rat von der Notwendigkeit, komplizierte Abänderungsanträge zu stellen, um aus diesem Antrag einen Antrag mit 8 Subanträgen zu machen. Das wird ziemlich kompliziert und braucht sicher eine Halbestunde Verfahrensdiskussion. Daher bittet er um gesunden Menschenverstand und Zeile für Zeile durch den Antrag durchzugehen.

Gaida Löhr, SP äussert, wenn man nur über einen Antrag abstimmen würde, hätte man gar nicht so viele Anträge. Der FDP-Antrag wäre dann nicht existent, da er auf die gleiche Zahl wie die GRPK kommt. Der Antrag der SVP, der auch noch im Raum steht, – ganz zu Beginn erwähnte Urs Brunner einen Antrag, der sich nur auf die Bildung bezog – wäre ungültig, weil er ja so an und für sich nicht gestellt werden dürfte. Die Rednerin findet, dies käme einer Desavouierung des Rates gleich. Es gibt diverse Anträge

zu diversen Produktgruppen und nun beschliesst man einfach, dass man über all diese Anträge nicht abstimmt. Das kann nicht sein.

Simone Abt, SP führt aus, es handle sich tatsächlich um einen Antrag. An diesem Antrag kann durchaus noch gearbeitet werden, um ihn so zu formulieren, wie er dem Rat passt oder auch nicht passt. Danach muss der Einwohnerrat über den Antrag gesamtheitlich abstimmen. Es kann nicht eine Produktgruppe durchgewinkt werden und die andere nicht. Das geht nicht. Entweder es gibt den Antrag «Sparantrag» und er wird so formuliert, dass er dem Rat passt, oder es scheitert und dann wird kein Sparantrag angenommen, sondern es bleibt bei der gemeinderätlichen Version.

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es gebe den Gemeinderats-Antrag, den GRPK-Antrag und den FDP-Antrag. Zudem liegen zwei Anträge der SVP vor. Es wird nun bei Antrag 2 pro Produktgruppe abgestimmt. Der Unterantrag der FDP wird zuerst gegen den Unterantrag der GRPK pro Produktgruppe ausgemehrt. Danach wird der obsiegende Antrag dem Gemeinderats-Antrag gegenüber gestellt.

Antrag 2:

Produktgruppe 1:

FDP-Antrag (2,5%) vs. GRPK-Antrag (5%) (Abstimmung 06)

FDP-Antrag: 35 JA

GRPK-Antrag: 2 JA

Keine Enthaltungen.

GR-Antrag vs. FDP-Antrag (2,5%) (Abstimmung 07)

GR-Antrag: 17 JA

FDP-Antrag: 20 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 2:

GR-Antrag: 34 JA, 1 NEIN, keine Enthaltungen (Abstimmung 08)

Produktgruppe 3:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (2,5%) (Abstimmung 09)

GR-Antrag: 18 JA

GRPK-Antrag: 19 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 4:

FDP-Antrag (2,5%) vs. GRPK-Antrag (5%) (Abstimmung 10)

FDP-Antrag: 32 JA

GRPK-Antrag: 1 JA

Keine Enthaltungen.

GR-Antrag vs. FDP-Antrag (2,5%) (Abstimmung 11)

GR-Antrag: 17 JA

FDP-Antrag: 19 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 5:

Urs Brunner, SVP erklärt, die SVP ziehe ihren Antrag: «Der Ausbau des Angebots bei der Musikschule (inkl. Lohnsumme und Sozialversicherung) in der Höhe von CHF 155 600 ist zu streichen.» zurück. Sie wird den FDP-Antrag unterstützen umso mehr, da der Kürzungsantrag der FDP höher ist als der der SVP.

GR-Antrag vs. FDP-Antrag (1%) (Abstimmung 12)

GR-Antrag: 18 JA

FDP-Antrag: 19 JA

Keine Enthaltungen.

Christoph Maier, FDP glaubt, die Meinungen in Bezug auf die folgenden Anträge seien gemacht. Er möchte beliebt machen, über die restlichen Anträge der GRPK in globo abzustimmen. Das würde das Verfahren aus seiner Sicht vereinfachen.

Rahel Bänziger, Grüne entgegnet, bei Abstimmungsverhältnissen von 18 zu 19 könne man nicht in globo abstimmen. Die Hälfte der Abstimmungen ist durch. Es fehlen noch 5 Abstimmungen, welche der Rat nun auch noch schafft. Immerhin sind die FDP-Anträge nun alle gleich wie die der GRPK. Bei einem Abstimmungsverhältnis von 18 zu 19 zu sagen, die Sache sei klar, findet sie etwas verwegen. Sie schlägt vor, die Abstimmungen so weiterzuführen.

Produktgruppe 6:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (2,5%) (Abstimmung 13)

GR-Antrag: 17 JA

GRPK-Antrag: 20 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 7:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (2,5%) (Abstimmung 14)

GR-Antrag: 17 JA

GRPK-Antrag: 20 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 8:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (5%) (Abstimmung 15)

GR-Antrag: 17 JA

GRPK-Antrag: 20 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 9:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (2,5%) (Abstimmung 16)

GR-Antrag: 16 JA

GRPK-Antrag: 21 JA

Keine Enthaltungen.

Produktgruppe 10:

GR-Antrag vs. GRPK-Antrag (2,5%) (Abstimmung 17)

GR-Antrag: 17 JA

GRPK-Antrag: 20 JA

Keine Enthaltungen.

BESCHLUSS

://: 2. Bezugnehmend auf die aktuelle Rechtsgrundlage (siehe Geschäft ER Nr. 112 / 14.10.2014) beschliesst der Einwohnerrat Einsparungen in den Globalbudgets folgender Produktgruppen:

- PG1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 2 370 068 um 2.5% (Einsparung CHF 59 252)

- PG3 Gesundheit
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 9 730 589 um 2.5% (Einsparung CHF 243 265)
- PG4 Kultur, Freizeit und Sport
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 3 973 015 um 2.5% (Einsparung CHF 99 325)
- PG5 Bildung
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 18 177 788 um 1% (Einsparung CHF 181 778)
- PG6 Öffentliche Sicherheit
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 1 275 651 um 2.5% (Einsparung CHF 31 891)
- PG7 Soziale Dienste
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 8 895 634 um 2.5% (Einsparung CHF 222 391)
- PG8 Verkehr, Strassen
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 2 820 493 um 5% (Einsparung CHF 141 025)
- PG9 Versorgung, Umwelt
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 1 606 715 um 2.5% (Einsparung CHF 40 168)
- PG10 Hochbau und Ortsplanung
Reduktion des Nettoaufwandes von CHF 591 689 um 2.5% (Einsparung CHF 14 792)

Es steht dem Gemeinderat offen, ob er die beantragten prozentualen Einsparungen der Nettoaufwendungen in den jeweiligen Produktgruppen (Gesamthaft CHF 1 033 887; entspricht über alle Produktgruppen einem Mittelwert von ca. 2%) durch Ausgabenkürzungen oder Mehreinnahmen bewirken will.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weist darauf hin, die GRPK habe die Aufgabe, das Budget des Gemeinderats zu beraten und zu prüfen und einen Bericht an den Einwohnerrat zu schreiben. Sämtliche Anträge der GRPK, die sich nicht auf das Budget beziehen, müssen ausserhalb des Budgetberichts in den Rat gebracht werden, d.h. die Anliegen sind in Form von parlamentarischen Vorstössen einzubringen. Wenn man sich die Anträge 3 und 4 anschaut – Antrag 3 bezieht sich auf die Rechnung, Antrag 4 bezieht sich auf einen reglements wesentlichen Vertrag –, dann sind beide Anträge nicht im Rahmen des Budgetberichts abzustimmen. Würde der Rat diese Abstimmung trotzdem durchführen, sind die Entscheidungen für den Gemeinderat nicht bindend.

Daniel Zimmermann, FDP würde vom Gemeindepräsidenten gerne hören, worin der Unterschied besteht, ob man es jetzt oder im Frühling im Einwohnerrat beschliesst.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP sagt es gerne nochmals. Es ist geregelt, was die GRPK im Rahmen einer Budgetprüfung und eines Berichts mit Anträgen einbringen kann und was nicht. Alles, das nicht mit dem Budget zu tun hat, muss separat geregelt werden. Es ist speziell bei Antrag 4 so, dass es sich um einen reglementsähnlichen Vertrag handelt. Es ist ganz klar geregelt, wie man gegen so etwas den Finger aufhält. Wenn man hier etwas ändern möchte, dann braucht es dazu eine Motion.

Christoph Maier, FDP schlägt dem Ratspräsidium vor, in den Rat zu fragen, ob jemand an der Abstimmung der Anträge 3 und 4 unter diesen neuen Umständen festhalten möchte. Wenn dies nicht der Fall ist, kann man zum nächsten Punkt übergehen.

Für *Pascal Treuthardt, FDP* stellt sich die Frage, ob es eine Möglichkeit gäbe, die Anträge der GRPK in eine rechtsgültige Form zu wandeln, sodass das Parlament heute Abend wenigstens die Möglichkeit hätte, dazu eine Meinungsäusserung abzugeben oder ob man dies auf die nächste Einwohnerratssitzung vertagen müsste.

Karl J. Heim, CVP schlägt betreffend der Anträge 3 und 4 vor, dass diese zurückgezogen werden.

Marc Schinzel, FDP erklärt, seines Erachtens seien es Anträge, die von der Kommission gültig eingebracht wurden. Die Ausführungen des Gemeinderats haben alle Anwesenden gehört. Er würde beliebt machen, über die Anträge abzustimmen. Das wäre das Einfachste. Dann kann man entweder den Ausführungen des Gemeinderats folgen oder den Kommissionsanträgen zustimmen.

Antrag 3 der GRPK: 10 JA, 20 NEIN, 7 Enthaltungen (Abstimmung 18)

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP weist darauf hin, Antrag 4 sei in sich falsch. Die Gebühren sind nicht in der Leistungsvereinbarung mit der IWB geregelt sondern in einem Vertrag mit dem Kanton Basel-Stadt. Wenn man dies neu verhandeln würde, dann kann sie den Anwesenden mit grosser Sicherheit sagen, dass es ein Eigentor wäre. Die Tarife sind für Binningen im Moment im Verhältnis relativ günstig. Wenn Basel-Stadt merkt, dass sie zu wenig verlangen, dann zahlt man am Schluss mehr als man jetzt zahlt. Sie empfiehlt den Ratsmitgliedern, sich gut zu überlegen, ob sie diesem Antrag so unüberlegt einfach zustimmen möchten.

Antrag 4 der GRPK: 3 JA, 25 NEIN, 8 Enthaltungen (Abstimmung 19)

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP findet Antrag 5 interessant. Leider kann ihn der Gemeinderat nicht ausführen. Wenn der Gemeinderat eine Submission durchführt, weiss er im vornherein nicht, mit welchem Anbieter er die Leistung schlussendlich abschliessen wird. Der Votant führt als Beispiel den Bezug eines neuen Kunstrasens an. Diese Leistung wird ausgeschrieben und es melden sich drei Anbieter. Der Gemeinderat weiss Anfang Jahr noch nicht, mit wem er den Vertrag abschliessen wird. Daher macht es keinen Sinn. Es wurde vorhin von der Effizienz der Verwaltung gesprochen. Antrag 5 ist eine reine Arbeitsbeschaffungsmassnahme. In der Rechnung sind die externen Dienstleistungen aufgeführt. Dort kann man das nachschlagen. Alles andere ist eine reine Arbeitsbeschaffungsmassnahme, die hypothetischen Charakter hätte und ist daher aus seiner Sicht nicht sinnvoll.

Daniel Zimmermann, FDP geht davon aus, es liege ein Missverständnis vor. Die GRPK möchte keine Firmennamen auf dieser Liste, sondern eine Beschreibung der Leistungen, die der Gemeinderat extern vergeben möchte. Es war der GRPK klar, dass der Gemeinderat noch nicht weiss, welche Firma diese ausführen wird. Daher ist es eigentlich ganz einfach.

Antrag 5 der GRPK: 20 JA, 15 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 20)

BESCHLUSS

- ://:** 3. Der Antrag der GRPK, dass der jeweilige aktuelle Jahreskurzbericht der IWB zur Wasserversorgung Binningen in der Jahresrechnung der Gemeinde Binningen dem Einwohnerrat zukünftig detailliert zur Verfügung stehen resp. abgedruckt werden soll, wird abgelehnt.
 - ://:** 4. Der Antrag der GRPK, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, die Leistungsvereinbarung mit der IWB in den nächsten zwei Jahren neu zu verhandeln mit dem Ziel, die Gebühren höchstens bis zur Kostendeckung festzulegen, wird abgelehnt.
 - ://:** 5. Die jährlichen externen Aufwendungen von ausgelagerten Aufgaben der Gemeinde Binningen (Bsp. fremde Dienstleistungen Planung, Bauherrenunterstützung, Service- und Unterhaltsarbeiten) sollen im Budgetbericht separat aufgeführt werden.
-

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erinnert daran, der Rat habe vorhin umfangreiche finanzielle Kürzungen im Budget vorgenommen. Im Meccano von WOV gibt es Zielvereinbarungen. Es gibt Zielgrössen

und aufgrund derer wird kalkuliert. Das heisst im Umkehrschluss, wenn die Ratsmitglieder entsprechende Kürzungen im Budget vornehmen, nehmen sie indirekt im Antrag 6 billigend in Kauf, dass die Ziele, so wie sie formuliert sind, nicht eingehalten werden können. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, Beschluss 6 so zuzustimmen.

Daniel Zimmermann, FDP hat ein gewisses Verständnis für das Votum des Gemeindepräsidenten. Letztlich geht es aber heute darum, dass der Rat die Leistungsaufträge genehmigt. Ob diese Ziele anschliessend erreicht werden, ist für ihn ein anderes Thema. Mit dem verabschiedeten Budget können die Ziele vermutlich nicht erreicht werden. In der Rechnung wird man sehen, welche Ziele nicht erreicht wurden.

Rahel Bänziger, Grüne findet, man könne auch anders argumentieren und sagen, wenn den Leistungszielen zugestimmt werde, müsste der Gemeinderat einfach mit Nachtragskrediten kommen, um die Leistungen erfüllen zu können.

Urs Brunner, SVP erinnert daran, die SVP habe zu Antrag 6 der GRPK folgenden Änderungsantrag gestellt: «PG4 Anpassung des Leistungsziels: Halbierung der Zentrumsleistungen von CHF 100 000 auf CHF 50 000.». Der Antrag liegt dem Präsidenten schriftlich vor.

Rahel Bänziger, Grüne weist darauf hin, der Rat sei vorhin durch alle Leistungsziele und Produktgruppen durchgegangen. Der Antrag hätte da kommen müssen und nicht jetzt. Die Lesung wurde inzwischen abgeschlossen. Die SVP müsste nun zuerst ein Rückkommen stellen, um nochmals auf Produktgruppe 4 zurückzukommen.

Roman Oberli, SVP teilt mit, da das Geschäft noch nicht abgeschlossen ist, stellt die SVP-Fraktion einen Rückkommensantrag, um über ihren Antrag abstimmen zu können.

Antrag der SVP: Rückkommen auf PG4: 12 JA, 25 NEIN, keine Enthaltungen (Abstimmung 21)

://: Das Rückkommen auf Produktgruppe 4 wird abgelehnt.

Antrag 6 der GRPK: 33 JA, 3 NEIN, 1 Enthaltung (Abstimmung 22)

Antrag 7 der GRPK mit korrigierten Zahlen aufgrund der Annahme von Antrag 2: 20 JA, 17 NEIN, keine Enthaltungen (Abstimmung 23)

Antrag 8 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 24)

Antrag 9 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 25)

Antrag 10 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 26)

Antrag 11 der GRPK: 21 JA, 16 NEIN, keine Enthaltung (Abstimmung 27)

Antrag 12 der GRPK: Kenntnisnahme

Antrag 13 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 28)

Daniel Zimmermann, FDP hat beim Präsidenten noch einen Antrag eingereicht. Er erläutert den Antrag gerne kurz. Das Parlament hatte heute einen sehr erfolgreichen Abend. Aus der Tatsache heraus, dass man eine Opfersymmetrie braucht, stellt er den Antrag, das Sitzungsgeld der heutigen Sitzung einer wohltätigen Institution der Gemeinde Binningen zur Verfügung zu stellen.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP lässt über den Antrag von Daniel Zimmermann: «Die Sitzungsgelder der Einwohnerratssitzung vom 10.12.2018 werden einer gemeinnützigen Organisation von Binningen gespendet.» abstimmen.

Antrag D. Zimmermann, FDP: 9 JA, 24 NEIN, 3 Enthaltungen (Abstimmung 29)

BESCHLUSS

://: 6. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.

://: 7. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 49 476 959 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 310 816
- Steuern	CHF	1 069 204
- Gesundheit	CHF	9 487 324
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 873 690
- Bildung	CHF	17 996 010
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 243 760
- Soziale Dienste	CHF	8 673 243
- Verkehr, Strassen	CHF	2 679 468
- Versorgung	CHF	1 566 547
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	576 897

://: 8. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 49 606 266 Franken werden genehmigt.

://: 9. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden unverändert wie folgt beschlossen:

- 48 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
- 2 % Ertragssteuersatz
- 1,75 ‰ Kapitalsteuersatz

://: 10. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehrreglements.

://: 11. Das Budget der Erfolgsrechnung 2019 mit Aufwendungen von 86 719 805 Franken, Erträgen von 86 849 111 Franken und einem Ertragsüberschuss von 129 306 Franken wird genehmigt.

://: 12. Das Investitionsbudget 2019 mit Ausgaben von 6 399 000 Franken, Einnahmen von 510 000 Franken und Nettoinvestitionen von 5 889 000 Franken wird zur Kenntnis genommen.

://: 13. Der Stellenetat für 2019 mit 11 147.53 Stellenprozenten (Kategorie A) wird genehmigt.

://: 14. Der Antrag, die Sitzungsgelder der Einwohnerratssitzung vom 10.12.2018 einer gemeinnützigen Organisation von Binningen zu spenden, wird abgelehnt.

Traktandum 4

Nr. 102

Motion R. Oberli, SVP: Senkung der Abfallgebühren

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Anfrage CVP-Fraktion: Position des Gemeinderats zum Bahnanschluss an den Euro-Airport Nr. 116

1. War der geplante Bahnanschluss an den Euro-Airport bereits Thema im Gemeinderat?

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP: Ja und zwar 2012 in der Stellungnahme zum SIL-Objektblatt des Bundes (Medienmitteilung Bahnanschluss, Eingabenummer 120806). Im 2013 sprach sich der damalige Gemeinderat gegen den geplanten Bahnanschluss aus im Rahmen der ersten Mitwirkung – dies wird im Französischen «Concertation» genannt – in der Stellungnahme des Gemeindeverbands Flugverkehr und entsprechender Mitwirkung Binningens in den Vernehmlassungen zu den Kantonalen Richtplänen in Baselland und Baselstadt, KRIP Medienmitteilung zum Richtplan. Im 2018 fand die zweite Mitwirkung statt. In der Stellungnahme des Gemeindeverbands Flugverkehr, an welcher sich alle Gemeinden ausser Hochwald und Reinach beteiligt haben, wurden mit entsprechender Mitwirkung Binningens u.a. zusätzliche Informationen gefordert. Die Stellungnahme des Gemeindeverbands Flugverkehr spricht sich klar gegen eine mögliche Zunahme des Flugverkehrs mit zusätzlichen Lärmimmissionen als Folge der geplanten Bahnanbindung aus.

2. Wie positioniert sich der Gemeinderat dazu?

Die Gemeinde Binningen setzt sich für die Einwohnerinnen und Einwohner im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen eine übermässige Lärmbelastung des Flugverkehrs ein. Das bedeutet z.B. Massnahmen zu Themen, welche die Bevölkerung beschäftigen, wie z.B. Mehrbelastungen ohne erweitertes Nachtflugverbot, Verlagerung des Flugverkehrs von Strasbourg/ Zürich/ Genf nach Basel mit bis zu einer Million oder gar noch mehr Passagieren, keine Verlagerung vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr für zahlreiche Mitarbeitende des EuroAirports, welche überwiegend aus Frankreich kommen. Die Begründung dazu: Die Verlagerung vom MIV auf den ÖV dank Bahnanschluss bei den Mitarbeitenden des EAP wird stark angezweifelt, da der Grossteil aus Dörfern ohne ÖV-Anschluss zum EAP pendelt. Zudem setzt sich die Gemeinde Binningen gegen eine massiv erhöhte Lärm- und Umweltbelastung ein.

3. Wird der Gemeinderat seine Position öffentlich kundtun?

Der Gemeinderat hat 2013 Medienmitteilungen veröffentlicht und teilte dort seine kritische Haltung zum Bahnanschluss mit. Aktuell erschien ein Artikel in der BZ, im welchem auch die Stellungnahme des Gemeindeverbands Flugverkehr zum Bahnanschluss Thema war. Der Gemeindeverband forderte in dieser Stellungnahme zum Bahnanschluss weitere Informationen sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Hier ist eine Medienmitteilung in Vorbereitung. Diese soll Aussagen zu diversen Auswirkungen so auch zum Bahnanschluss inkl. der daraus resultierenden möglichen Lärmbelastungen machen. Darauf werden sich der Gemeindeverband Flugverkehr und der Gemeinderat wiederum abstützen können. Die Fristen dafür sind noch offen.

4. Wurde dieses Thema auch mit den anderen Mitgliedsgemeinden im Gemeindeverband Flugverkehr diskutiert?

Ja, immer wieder. Ganz aktuell im Rahmen der Stellungnahme zur zweiten Mitwirkung oder «Concertation», die gerade läuft.

Anfrage P. Bräutigam, CVP, und St. Appenzeller, SP: Position des Gemeinderats zur «Ausgleichsinitiative» Nr. 113

1. Gemäss den uns vorliegenden Informationen könnte die Gemeinde Binningen mit der Annahme der «Ausgleichsinitiative» eine Entlastung bei den Sozialhilfekosten von über 964'000 Franken jährlich rechnen, also fast einer Million Franken. Teilt der Gemeinderat diese Schätzung des Entlastungsvolumens?

Gemeinderätin Barbara Jost, SP führt aus, die Verwaltung habe die Zahlen geprüft und so bestätigt.

2. *Warum hat der Gemeinderat die «Ausgleichsinitiative» der anderen stark belasteten Gemeinden bei der Lancierung der Initiative vor drei Jahren nicht unterstützt? Aus welchen Gründen will der Gemeinderat auf die erhebliche Entlastung der Gemeindefinanzen verzichten?*

Der Gemeinderat unterstützte die Initiative aus folgenden drei Gründen nicht. Erstens: Der Kanton Baselland kennt in diesem Bereich eigentlich einen Lastenausgleich und keinen Kostenausgleich. Der zweite Grund war, dass man befürchtete, die einzelnen Gemeinden könnten sich weniger bemühen, die Kosten im Griff zu halten, z.B. alle Subsidiaritäten einzufordern wie die Krankenkassenprämienverbilligungen etc.. Als dritten Grund führte man ins Feld, dass die strukturellen Probleme der einzelnen Gemeinden, wie z.B. Liegenschaftseigentümer, die Wohnungen extra günstig an Sozialhilfebezügler vermieten, oder der günstige Wohnungsmarkt, damit nicht gelöst werden können.

3. *Kürzlich hat der Binninger Gemeindepräsident sich in den Medien im ablehnenden Sinne zur Ausgleichsinitiative und zum Gegenvorschlag des Landrats zitieren lassen. Gab diese Äusserung die aktuelle Haltung des Gesamtgemeinderats wieder?*
4. *Wenn nein: Was ist die Haltung des Gesamtgemeinderats zur Initiative und zum Gegenvorschlag?*

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, es handle sich bei der im Zeitungsartikel zitierten Äusserung zur Ausgleichsinitiative nicht um die Meinung des Gesamtgemeinderats. Es war die Meinung des Votanten. Der Gemeinderat wird noch vor Weihnachten im Rahmen eines Geschäftes darüber beraten und hat demnach noch keine abschliessende Meinung gefasst.

5. *Die wichtigsten Ursachen für die steigenden Sozialhilfelasten sind unter anderem Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die Migration und die hohe Zahl an Scheidungen. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen kann eine Gemeinde allein kaum steuern. Rechnet der Gemeinderat vor diesem Hintergrund in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme der Kosten bei der Sozialhilfe? Von welcher Kostenentwicklung geht der Gemeinderat aus?*

Gemeinderätin Barbara Jost, SP kann auf diese Frage einfach als zuständige Gemeinderätin antworten. Die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen sind vorhanden. Die Gemeinde geht weiterhin eher von steigenden Kosten aus. Solange keine wirkliche Entspannung oder Veränderung im Arbeitsmarkt da ist und Personen, die migriert sind, bessere Chancen haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und solange die ganze Sozialhilfesicherung – das ist manchmal auch ein wenig ein «Schwarz Peter»-Spiel, wer was zahlt – und die Bevölkerung in Binningen auch eher wächst, geht der Gemeinderat eher von steigenden Kosten aus. Das Budget wurde schliesslich auch so vorgelegt. Der Gemeinderat ging von einer moderaten Steigung der Kosten aus.

6. *Ist der Gemeinderat bereit, aufgrund neuer Erkenntnisse und aufgrund des erheblichen Einsparpotenzials für das Gemeindebudget die «Ausgleichsinitiative» im Interesse unserer Gemeinde doch noch zu unterstützen und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine Ja-Empfehlung abzugeben?*

Das wird sich zeigen. Der Gemeinderat wird dies beraten. Die Ausgangslage ist nun natürlich anders. Man weiss inzwischen, wie der Gegenvorschlag aussieht. Dieser ist im Sinn des Lastenausgleichs. Das ist ein neues «Kässeli». Sie denkt, es sei sicher angebracht, dies nochmals vertieft anzuschauen, darüber zu diskutieren und zu beraten, ob dies nicht etwas wäre, das der Gemeinderat befürworten müsste.

Traktandum 5

Diversa

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP hätte gerne gesagt, dass sich alle am Neujahrs-Apéro wiedersehen werden. Die Anwesenden haben auf der Massnahmenliste gesehen, dass der Gemeinderat aufgrund der beschlossenen Sparmassnahmen ins Auge gefasst hat, nächstes Jahr sämtliche derartigen Anlässe zu

streichen. Die Ratsmitglieder haben die Vorschläge unterschiedlich angenommen. Das heisst für den Gemeinderat, dass er nochmals prüfen muss, wie was aufgeht. Daher kann er heute Abend noch nicht sagen, ob der Neujahrs-Apéro durchgeführt werden kann oder nicht. Er bittet um Verständnis.

Roman Oberli, SVP möchte an dieser Stelle das Missfallen der SVP-Fraktion bezüglich des Vorgehens zu ihrem Antrag während der Budget-Beratung zum Ausdruck bringen. Der Antrag lag rechtzeitig vor. Die Fraktion findet es daher unverständlich, warum nicht darüber abgestimmt wurde.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP entschuldigt sich dafür und verweist darauf, dass über das Rückkommen abgestimmt wurde. Er erklärt, dies sei die letzte Einwohnerratssitzung in diesem Jahr gewesen. Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 28. Januar 2019 statt. Der Präsident schliesst die Sitzung um 23.10 Uhr und wünscht allen einen schönen Abend, eine besinnliche Adventszeit, schöne Weihnachten und alles Gute im Neuen Jahr. Die Sitzung dauerte sehr lange. Trotzdem möchte er alle zu einem Apéro einladen, der von ihm und seiner Partei spendiert wurde.

ER-Sitzung vom 10. Dezember 2018

			Gesch. Nr. 143/XI			Gesch. Nr. 106						
* entschuldigt			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
			Berücksichtigung Empfehlungen der BPK	Bewilligung CHF 8 Mio. für Sanierung Mühlemattschulhaus und -turnhalle	Bewilligung CHF 200 000 für Fotovoltaikanlagen	Änderung Reihenfolge der Abstimmungen: Antrag 1 nach Antrag 2	GRPK-Antrag 1: Vorlage zur Änderung Finanzreglement (WOV)	Globalbudget PG1: FDP-Antrag 2.5% (JA) vs. GRPK-Antrag 5% (NEIN)	Globalbudget PG1: GR-Antrag (JA) vs. FDP- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG2: GR-Antrag	Globalbudget PG3: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG4: FDP-Antrag 2.5% (JA) vs. GRPK-Antrag 5% (NEIN)
Nr.	Name	Fraktion										
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
6	Abt	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Benthaus	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Büchelin	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Macina	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted
12	Müller	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Schellenberg	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14 *	Spitz	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18 *	Bräutigam	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein
21	Götz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Not voted
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
25	Karoussos	FDP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted	Ja	Nein	Not voted	Nein	Not voted
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
27	Merian	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
28	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
29	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
30	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
33 *	Blaser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
TOTAL												
Ja			28	37	36	16	11	35	17	34	18	32
Nein			3	0	0	18	20	2	20	1	19	1
Enthaltungen			6	0	1	1	5	0	0	0	0	0
			37	37	37	35	36	37	37	35	37	33

ER-Sitzung vom 10. Dezember 2018

			Gesch. Nr. 106									
* entschuldigt			11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
			Globalbudget PG4: GR-Antrag (JA) vs. FDP- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG5: GR-Antrag (JA) vs. FDP- Antrag 1% (NEIN)	Globalbudget PG6: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG7: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG8: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG9: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	Globalbudget PG10: GR-Antrag (JA) vs. GRPK- Antrag 2.5% (NEIN)	GRPK-Antrag 3: IWB-Jahreskurzbericht in Rechnung	GRPK-Antrag 4: Neuverhandlung Leistungsverein-barung mit IWB	GRPK-Antrag 5: Auflistung ausgelagerte Tätigkeiten in Budgetbericht
Nr.	Name	Fraktion										
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
3	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
5	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
8	Benthäus	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
9	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
10	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
11	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
12	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung
13	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein
14 *	Spitz	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
18 *	Bräutigam	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
20	Heim	CVP	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Götz	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Not voted	Ja
22	Häfele	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
24	Inäbnit	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
25	Karoussos	FDP	Not voted	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja
26	Maier	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja
27	Merian	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
28	Meyer	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
29	Sala	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
30	Schinzl	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung
31	Treuthardt	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja
32	Zimmermann	FDP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
33 *	Blaser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Brunner	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
35	Bürgin	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
36	Fankhauser	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
37	Keller	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
38	Oberli	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
39	Schlup	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
40	Weber	SVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
TOTAL												
Ja			17	18	17	17	17	16	17	10	3	20
Nein			19	19	20	20	20	21	20	20	25	15
Enthaltungen			0	0	0	0	0	0	0	7	8	2
			36	37	37	37	37	37	37	37	36	37

ER-Sitzung vom 10. Dezember 2018

* entschuldigt			Gesch. Nr. 106								
			21	22	23	24	25	26	27	28	29
			Antrag SVP: Rückkommen auf PG 4	Genehmigung Leistungsaufträge	Globalbudgets der Produktgruppen	Positionen ausserhalb Globalbudget	Ansätze für Gemeindesteuern	Feuerwehr- Ersatzabgabe	Budget der Erfolgsrechnung 2019	Stellenetat für 2019	Antrag D. Zimmermann: Sitzungsgeld v. 10.12.2018 spenden
Nr.	Name	Fraktion									
1	Bänziger	Grüne	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
2	Büschlen	Grüne	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted
3	Eichenberger	Grüne	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
4	Glaser	Grüne	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
5	Jagtap	Grüne	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
6	Abt	SP	Nein	Ja	Nein	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
7	Appenzeller	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
8	Benthaus	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
9	Büchelin	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
10	Löhr	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
11	Macina	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
12	Müller	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
13	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
14 *	Spitz	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Strondl	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
16	Tribolet	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
17	Alt	CVP	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18 *	Bräutigam	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Hafner	CVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
21	Götz	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Inäbnit	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
25	Karoussos	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Maier	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Merian	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Meyer	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
29	Sala	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinzler	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33 *	Blaser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
38	Oberli	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
TOTAL											
Ja			12	33	20	36	37	37	21	37	9
Nein			25	3	17	0	0	0	16	0	24
Enthaltungen			0	1	0	0	0	0	0	0	3
			37	37	37	36	37	37	37	37	36